

Fingerabdrücke bitte!



Christoph
Spiess,
e. Gemeinderat,
Zürich

Am 17. Mai stimmen wir über die Einführung «biometrischer» Pässe ab. Mancher denkt sich: Was soll man denn dagegen haben – das tönt fast wie Bio-Salat? Aber aufgepasst, dahinter steckt viel mehr! In Zukunft sollen alle Schweizerbürger(innen), die einen Reisepass beantragen, dafür ihre Fingerabdrücke «hinterlegen» müssen, als wären sie Verbrecher. Das neue Gesetz lässt die Möglichkeit offen, sogar für eine neue Identitätskarte die Fingerabdrücke zu verlangen. Und niemand weiss, ob es dabei bleibt. Man könnte von uns schon bald auch noch viele andere «biometrische» Daten erheben, z.B. einen «Iris-Scan» der Augen – oder am Ende gar das DNA-Profil!

POSTCODE 1

AZB 3806 Bönigen

Vom freien Bürger zum elek- tronisch kontrol- lierten Knecht?

Vor der Abstimmung über «Schengen» versprochen uns gewisse Politiker das Blaue vom Himmel. Reisefreiheit ohne Grenzen, wie wunderbar – nur leider auch für Kriminelle, mit oder ohne «biometrische» Ausweise! Man fragt sich, wozu denn solche Papiere

gut sein sollen, wenn sie quer durch den ganzen Kontinent gar niemand kontrolliert? Diese Frage ist berechtigt. Offensichtlich geht es nicht um unsere Sicherheit vor Straftätern, sondern darum, uns auf längere Sicht zu «gläsernen Bürgern» zu machen, die mittels elektronischer Chips in den Ausweisen überall und jederzeit überwacht werden können. Damit wird es in Zukunft z.B. möglich sein, Zonen einzuführen, zu denen nur noch bestimmte Personen Zutritt haben, deren Chip entsprechend programmiert ist. Es wäre auch eine Kleinigkeit, plötzlich überall Lesegeräte zu installieren, bei denen man den Chip hinhalten muss, so dass von uns allen jederzeit rekonstruiert werden kann, wann wir wo gewesen sind. Wollen wir eine solche Zukunft?

Wer will denn heute noch nach Amerika?

Man macht uns Angst, dass die USA für uns Schweizer wieder die Visumpflicht einführen, falls wir nicht sofort spüren und Pässe mit Fingerabdrücken einführen, deren Daten dann bei der Einreise in den Archiven der CIA landen. Sollen die Amerikaner doch die Visapflicht einführen! Wer will denn noch in dieses Land reisen, das – gelinde gesagt – pleite ist, sich aber trotzdem überall auf der Welt mit Militärgewalt einmischt und sich dann wundert, wenn es zur Zielscheibe von Terroristen wird?

Die Touristen sind auch früher zu uns gekommen...

Zur Einschüchterung der Stimmberechtigten dient ferner das «Argument», dass weniger Touristen zu uns kommen könnten, weil sie ausser einem Schengen- zusätzlich ein Schweizer Visum brauchen. Auch das ist Unsinn! Es war ja jahrzehntelang so, und trotzdem kamen die Touristen immer in grossen Scharen. Im Übrigen könnten wir ja jederzeit die Bürger der

SD-Protest gegen IWF-Bussgeld

Wir protestieren gegen die würdelose, selbstschädigende Haltung des Bundesrates. Nach der Diskriminierung der Schweiz durch die OECD und die unqualifizierbaren Angriffe durch Deutschland, Frankreich, Grossbritannien und den USA weiss Bundesrat Merz nichts Besseres zu tun, als ein «Bussgeld» von 10 Milliarden Franken zu Gunsten des IWF anzubieten. Gemessen an der Bevölkerungszahl sind das 6-mal mehr als die EU bereit ist, zur Verfügung zu stellen. – Deshalb und weil die IWF-Hilfen höchst problematisch sind, verlangen wir vom Bundesrat von solch unbedachten Offerten abzusehen und vor allem die Interessen und die Würde der Schweiz konsequent zu verteidigen.

Die ehemaligen Nationalräte der NA/SD

Valentin J. Oehen, Köniz; Bernhard Hess, Bern; Fritz Stalder, Thun; Dr. med. Jean-Jacques Hegg, Dübendorf; Rudolf Keller, Frenkendorf

Verschweigungstaktik: Diese Pressemitteilung vom 5. April 2009 wurde beziehungsweise in keinem einzigen Medium der Schweiz veröffentlicht!

wichtigsten Herkunftsländer von Touristen – z.B. China – von der Visumpflicht gegenüber der Schweiz befreien. Ein «Schengen»-Visum brauchen die Touristen sowieso, wenn sie auch unsere Nachbarländern bereisen wollen. Diese andererseits werden sich mit oder ohne «Schengen» hüten, uns gegenüber die Visumpflicht einzuführen. Sie würden damit vor allem ihre eigenen Bürger schikanieren, z.B. die Deutschen, die jeden Sommer zu Hunderttausenden zum «Bodygrilling» und Würstl-Essen durch den Gotthard via «Schiasso» nach «Rimiini» stauen – nein, ich meine natürlich: fahren – wollen.

Eine ketzerische Frage

Im Übrigen mag man sich heutzutage fragen, ob nicht etwas weniger Mobilität für uns alle segensreich wäre. Jahrhundertlang waren wir ein freies Alpenvolk mit einer eigenen Mentalität und Tradition. Die Hypermobilität hat innert weniger als fünfzig Jahren nicht nur zu einer katastrophalen Übervölkerung, sondern auch dazu geführt, dass unser Volk als biologische Einheit im Sinne einer Abstammungsgemeinschaft

nahezu ausgelöscht wurde. Wenn das so weitergeht, sind wir schon bald eine «Gemeinschaft» von vielleicht 15 Millionen Inhabern gleichartiger «biometrischer» Pässe, wovon vielleicht noch ein Zehntel schweizerische Wurzeln hat. Na dann gute Nacht, Helvetia!

Der Willkür fremder Behörden ausgeliefert...

Vor der Abstimmung über «Schengen» wurden wir – wie eigentlich

Fortsetzung Seite 2

Inhalt

- 2 Nein zur Pass-Kriminalisierung
- 3 Schweiz überbevölkert sich zu Tode
- 4 Multikulturell = Multikriminell
- 6 G-20-Gipfel – ein übles Blendwerk
- 8 Marktplatz
- 9 Es wird eng in der Schweiz
- 10 Was unsere Leser in Zeiten der Krise interessiert

Nein zur Pass-Kriminalisierung!

Manifestation auf dem Basler Marktplatz am 12. März des überparteilichen Komitees gegen biometrische Schweizer Pässe und Identitätskarten. Einer der Votanten war Markus Borner, Präsident SD-BS. Er hielt nachfolgende Rede in Schweizerdeutsch:

Geschätzte Mitbürgerinnen und Mitbürger

Viele Einzelpersonen und Mitglieder von Parteien und Organisationen haben sich hier und heute versammelt, um zu manifestieren, dass wir in der Schweiz keine biometrischen Pässe und Identitätskarten benötigen!



Ich finde es als Schweizer Demokrat richtig und richtungsweisend, dass sich Bürgerinnen und Bürger unterschiedlichster politischer Ausrichtung zusammenfinden – wenns um die Verteidigung von Bürgerrechten geht. **Wir kämpfen gemeinsam gegen den Einsatz undemokratischer Überwachungstechnologien.** Die Gründe dagegen lassen sich in einem Kurzstatement gar nicht alle aufzählen!

Ich stehe nicht hier, um Schönzureden. Ich sage, was ich denke! Es werden nicht alle Freude an meinen Aussagen haben...



Was der Bundesrat und die Parlamentsmehrheit bezüglich Zwangsfizierung beabsichtigen, **ist für die sogenannte freiheitliche Schweiz ein Tiefpunkt der Realpolitik!** Heutzutage wird immer wieder versucht, unsere Freiheitsrechte – ja die garantierten, verfassungsmässigen Grundrechte des Bürgers, mehr und mehr einzuschränken. **So manipuliert der Bundesrat aus meiner Sicht – bei fast jeder Abstimmung mit einseitigen Propaganda-Aktivitäten den Ausgang von Volksabstimmungen.** Vom Gebrauch falscher Aussagen – um hier nicht von Lügen sprechen zu müssen – schrecken diese Leute auch nicht zurück. Und zum Überdross muss der Steuerzahler dies alles noch berappen!

Der Gesamtbundesrat und zu viele Parlamentarier kranken zudem an einem schlimmen Übel, welches leider in der Schweiz allzu verbreitet ist! Man will alles mit schweizer-

rischer Gründlichkeit ausführen. Stellen die EU oder die USA gegenüber der Schweiz eine Forderung – es kann sich auch nur um einen deutlich ausgesprochenen Wunsch handeln – gleich welcher Art, **geht der schweizerische Bundesrat bildlich gesprochen, augenblicklich in die knieende Position, hebt die weisse Fahne hoch und fragt demütig: Darf es noch ein wenig mehr sein?**

Ich erinnere mich dabei an meine Kindheitstage zurück, als ich in einem Molkereiladen beim Abwägen des Käses zuschaute – welchen ein Kunde zu kaufen wünschte – und es dann auch meistens noch hiess: «Darf's e bizzeli mehr sii!». Das kostete dann den Kunden auch etwas mehr!



Nun – bei den biometrischen Pässen und Identitätskarten ist es nicht mal so, dass internationale Organisationen oder Staatengruppen gegenüber der Schweiz überrissene Forderungen stellen. Der Bundesrat selbst und zu viele Parlamentarier neigen zu sogenannt ex-



tremen «Lösungsansätzen», welche die unbescholtenen Bürger zur bevormundeten, manipulierbaren Menschenmasse degradiert. Vor 1970 und in noch früheren Jahrzehnten war dies noch nicht so! Warum geht der heutige Bundesrat einen solchen Weg, wobei alles was eigenständig, bewährt und kostengünstig ist, liquidiert wird? **Das Ziel ist doch die absolute Kontrolle über die Bürger!!**

Es geht nicht an, dass jede Bürgerin und jeder Bürger letztlich dieselben Konsumgewohnheiten oder noch schlimmer – dasselbe Denken – dieselbe politische Überzeugung aufgewungen wird. **Wir wollen die Wahlfreiheit – gründend auf unserer Bundesverfassung und der aktuellen Rechtsordnung!**

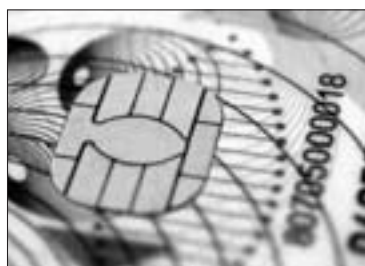
Ich rufe Sie auf, alles zu tun, was einem freien Staatsbürger im kommenden Abstimmungskampf möglich ist, um am 17. Mai dem NEIN zum Durchbruch zu verhelfen und damit den Bundesrat zum Marschhalt zu zwingen! Ich danke...

Fingerabdrücke bitte!

Fortsetzung von Seite 1

fast immer – hemmungslos belogen. Im Kleingedruckten des Vertrages stehen viele Verpflichtungen, die man uns bewusst verschwiegen hat, weil es sonst nie ein Ja zu «Schengen» gegeben hätte. Durchs Hintertürchen werden nicht nur «biometrische» Ausweise, sondern überdies eine Registrierung unserer Waffen und anderes mehr eingeführt. Leb wohl, freier Schweizer ... Und es kommt noch schlimmer. Wir sind auch verpflichtet, alle künftigen Erweiterungen des sogenannten «Schengener Acquis» zu übernehmen. Heute sind es Fingerabdrücke, morgen DNA-Profile – und übermorgen? Unsere Oberduckmäuser in Bern werden das alles schlucken, statt endlich dieses «Schengen» und alle anderen unseligen EU-Knechtschaftsverträge zu kündigen. Sie haben ja nicht einmal den Mut, aus der OECD –

einer politisch belanglosen Organisation, deren Aufgaben sich im wesentlichen in der Erstellung von Statistiken erschöpfen – auszutreten, obwohl diese sich anmassen, uns Eidgenossen nach Belieben auf «schwarze» oder «graue» Listen zu setzen. Warum nur soviel Angst?



ADS entwickelt derzeit einen Chip mit eingebauter Satellitennavigation. Wer ihn implantiert hat, kann auf der ganzen Welt per GPS lokalisiert werden.

Wenn unsere Vorfahren solche Ho... gewesen wären wie unsere heutigen Politiker, so hätte es nie eine Schweiz gegeben!

Standhaftigkeit ist gefragt

Inzwischen ist man sich in Bern bewusst, dass die Vorlage betreffend «biometrische» Ausweise den 17. Mai nicht überleben wird. Darum wird schon auf Vorschuss argumentiert, das Nein des Volkes sei nur gegen die – unerwünschte, aber vergleichsweise harmlose – zentrale Registrierung unserer Fingerabdrücke in Bern gerichtet. Man wird also sofort mit einer neuen Vorlage kommen und versuchen, das Volk damit mürbe zu machen. Schon bald werden wir wieder Unterschriften sammeln müssen, um den «Biometrie»-Spuk endgültig zu beerdigen. In Bundesbern fehlt dazu die nötige Courage. Darum müssen wir Stimmbürgerinnen und Stimmbürger handeln und dies nicht nur am 17. Mai, sondern standhaft immer wieder NEIN stimmen zu den «biometrischen» Pässen und anderen Massnahmen zur Dauerüberwachung und Knechtung von uns Eidgenossen!

Anzeige

Das Testament

Die letztwillige Verfügung

Liebe Mitglieder, Gömmer und Sympathisanten

Immer wieder können wir lesen, dass verschiedene Organisationen und Stiftungen finanzielle Zuwendungen empfangen dürfen, die aus dem Nachlass eines treuen Mitgliedes stammen.

Haben Sie auch schon daran gedacht, die SCHWEIZER DEMOKRATEN in Ihrem Testament zu berücksichtigen?

Haben Sie Fragen über Formalitäten und Abfassung?

Unser Zentralsekretariat berät Sie gerne diskret und kostenlos:

Schweizer Demokraten
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11

schweizer-demokraten@bluewin.ch

Schweiz übervölkert sich zu Tode!

Neue Personenfreizügigkeit mit 27 Ländern als Hauptursache



Dr. med. Jean-Jacques Hegg,
e. Nationalrat,
Dübendorf

2008 hat sich die Übervölkerung der Schweiz weiter verschärft. Die offizielle Bevölkerung hat um 106 700 Personen oder 1,7 Prozent zugenommen, wie das Bundesamt für Statistik mitteilt. Hauptursache des Bevölkerungswachstums 2008, nämlich zu 85 Prozent, ist die Einwanderung, was auf die neue Personenfreizügigkeit mit EU- und Efta-Ländern zurückgeht. Der Rest ist mit einer leichten Erholung der rekordtiefen Geburtenziffer zu erklären. Die neue amtliche Bevölkerungszahl beträgt 7 700 200. Nicht mitgezählt sind dabei die Mitglieder des diplomatischen Korps, Asylbewerber, Kurzaufenthalter sowie 200 000 bis 400 000 Schwarzewanderer (Sans-Papiers!). Seit 1963 ist die Bevölkerung der Schweiz nie mehr so rasch gewachsen wie 2008! Damit wird die Schweiz zurzeit im gleich schlimmen Tempo überfremdet und übervölkert wie auf dem Höhepunkt der ersten Einwanderungswelle aus Italien!

Die wachsende Bevölkerung verursacht zunehmende Umweltprobleme. Im Vordergrund stehen Landschaftszerstörung durch notwendige Überbauungen, Verlust von Kulturland und Erholungsgebieten. Es entstehen aber auch Probleme durch den wachsenden Verkehr, für die Luftreinhaltung und den Gewässerschutz. Es gibt kaum ein Umweltproblem, das nicht mit der menschlichen Bevölkerungsdichte zusammenhängt. Schliesslich nehmen durch die wachsende Bevölkerung und das allgemeine Gefühl von Engnis auch psychische Schwierigkeiten zu: erhöhte Kriminalitätsrate, mehr andere Verhaltensstörungen, höhere Zahl IV-Rentner, häufigere psychosomatische Krankheiten usw. Immer wieder hat der Bundesrat in der Vergangenheit versprochen, dass er die Einwanderung bremsen will. Mit den Verträgen über die sogenannte Personenfreizügigkeit hat er nun allerdings die Zügel vollständig aus der Hand gegeben. Wo soll das noch hinführen?

Allerdings muss auch gesagt werden, dass sämtliche Regierungsparteien, die SVP eingeschlossen, sich immer für eine zusätzliche Einwanderungsbewegung ausgesprochen haben, die SVP zumindest für die Einwanderung angeblich tüchtiger Arbeitskräfte! Das passt einfach nicht zum Rest. Die Haltung der SVP bezüglich des Referendums zur erweiterten Personenfreizügigkeit, das Schweizer Demokraten, Lega dei Ticinesi und Junge SVP durchgezogen haben, war denn auch sehr widersprüchlich, indem sie den Stimmbürgern zuerst Stimmenthaltung empfahlen. Erst als deren Jungpartei sie gewissermassen in Geiselnhaft genommen hatten, spurten sie. Ihre Haltung war eine Schlangenlinie, wie in den Medien sehr richtig kritisiert wurde. Sie hat dazu beigetragen, dass der Hauptkampf leider verloren ging.

SVP nicht ökologisch

Der Kampf ging aber auch verloren, weil die SVP die Führerschaft in der Argumentation an sich riss. Diese war einseitig nur auf das Argument der wachsenden Überfremdung und Belastung durch Arbeitsunfähige ausgerichtet und vernachlässigte dasjenige einer umweltzerstörerisch hohen Bevölkerungsdichte völlig, die durch die Masseneinwanderung entsteht. Übervölkerung und Überindustrialisierung sind letztlich aber die heissesten Probleme der Schweiz. Bald sind hier die letzten Naturoasen auch noch überbaut!



Das Kulturland weicht mehr und mehr den Siedlungen.

Leider ist zur Genüge bekannt, dass sich die SVP nicht mit Ökologie beschäftigt und sich kaum je für Umweltschutz einsetzt. Allerdings muss man ein gewisses Verständnis dafür aufbringen, dass die Partei einen Umweltschutz, wie ihn die Grünen vertreten, nämlich einseitig eingeengt auf die Frage, ob das Weltklima sich tatsächlich erwärme, links liegen lässt. Aber der Kampf ums Überleben der letzten Naturoasen in der Schweiz ist doch auch Umweltschutz! Es gibt nämlich einen solchen, der spezifisch auf die Schweiz ausgerichtet



Wachsende Bevölkerung bedeutet auch wachsender Verkehr...

ist! Während die Grünen also überwiegend so tun, als gäbe es keine örtliche Umweltzerstörung und die einwanderungsbedingte verheerende Übervölkerung der Schweiz nicht sehen wollen, will die SVP die ebenfalls einwanderungsbedingte Naturzerstörung durch Überindustrialisierung nicht zur Kenntnis nehmen!

Unterlassen und verzichten

Das Ganze hat mit dem unseligen Rechts-links-Gegensatz zu tun. Im Grunde gibt es zwei ökologische Bewegungen, die eine, internationalistische, die von den Grünen vertreten wird, und eine andere, «nationalistische», die zurzeit ein Waisenkind ist.

Es wird aber nie gelingen, eine Mehrheit für eine Beschränkung der Einwanderung zu gewinnen, wenn es nicht möglich ist, auch diejenigen Stimmbürger an die Urne zu bringen, die sich Sorgen wegen der fortschreitenden Überbauung der Schweiz machen. Also müssen wir den Graben zwischen Rechts und Links überwinden. Dann wird es nicht mehr möglich sein, dass eine nationalrätliche Exponentin der FDP, eine politische Partei, die angeblich ebenfalls für «Umweltschutz» eintritt, stolz und öffentlich unwidersprochen damit prahlen kann, ihre Partei setze sich dafür ein, dass es in der Schweiz möglichst viele Arbeitsplätze gebe! Bei sogenannter Personenfreizügigkeit, welche Freiheit zur Anstellung beliebig vieler einwandernder Ausländer bedeutet, ist das kein Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, und die Folgen sind absehbar. Umweltschutz ist nämlich keine ausschliessliche Frage des Tuns, es ist auch eine Frage der Unterlassung und des Verzichts. Da Politik aber vor allem als ein Tun aufgefasst wird, kommen wir immer mehr in den Schlamassel. Aktuell sind die Medien völlig beherrscht durch die sogenannte

Finanzkrise. Aber die Zukunft wird nicht vor allem durch finanzielle und wirtschaftliche Fragen beherrscht sein, sondern durch die Demografie! Erstere sind nur kurzfristig bedeutsam, während die mittel- bis längerfristige Zukunft durch die Bevölkerung, auch durch deren Struktur geprägt sein wird. Nicht nur wie viele Alte, Beschäftigte und Junge es geben wird, sondern auch wie stark diese bildungsmässig, ethnisch und genetisch zusammengesetzt sein werden. Das Hereinholen ganzer Volksstämme von Hilfsarbeitern mit der Begründung, für solche Arbeiten fänden sich keine Schweizer, dürfte dabei nicht gerade günstige Auswirkungen haben. Politik und Gesellschaft starren aber – jedenfalls zurzeit! – nur auf finanzielle und wirtschaftliche Fragen.

Klumpenrisiko Globalisierung

Der unter dem Druck der EU entstandene freie Personenverkehr ist die hauptsächlichste Fehlkonstruktion des zeitgenössischen Europa; denn sie erlaubt die umweltzerstörerische Bevölkerungsmassierung in Westeuropa, während der Osten sich entvölkert. Dabei müsste dieser neu kolonisiert werden. Die Fehlkonstruktion trägt dem Tatbestand keine Rechnung, dass Europa aus verschiedenen Völkern zusammengesetzt ist. Die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise sollte ein radikales Umdenken auslösen. Stattdessen wird versucht, im alten Trott, der sich nicht bewährt hat, weiter zu fahren, eine Globalisierung anzuhimmeln, die übrigens nichts Neues ist, und hysterisch die Gefahr eines angeblichen Protektionismus zu beschwören. Das grösste Klumpenrisiko heisst nämlich Globalisierung! Dass es der Schweiz nun Mühe bereitet, die Weltwirtschaftskrise abzuwehren, hat mit der jahrzehntelangen falschen Einwanderungspolitik zu tun.



Multikulturell = Multikriminell

Rückenschuss vom Bundesgericht!



Alle Artikel von
Dr. Dragan
Najman,
Grossrat,
Baden

AZ 20. März '09: Die Fakten: Ein Kosovare hat während 15 Jahren insgesamt 25 Mal delinquent (wörtlich aus der AZ): «Er hat Gewalttaten, Verkehrsdelikte, Diebstahl, Sachbeschädigung und Hausfriedensbruch auf dem Kerbholz» (Zitatende). Dafür wurde er zu 16 Monaten Gefängnis, 4 Jahren Landesverweis, beides bedingt, sowie zu weiteren 6 Monaten Gefängnis bedingt verurteilt. Vor einem Jahr wollte das Amt für Migration des Kantons Luzern dem Kosovaren die Niederlassungsbewilligung nicht mehr verlängern und ihn für unbestimmte Zeit aus der Schweiz ausweisen.

Das Bundesgericht hat jedoch den Wegweisungsentscheid nunmehr aufgehoben aus Rücksicht auf die Familie des Straffälligen!

Bemerkungen: Gegen ein Urteil unseres Bundesgerichts gibt es bekanntlich keine Rekursmöglichkeiten. Ja, noch schlimmer – bei späteren Urteilen von niedrigeren Gerichtsstufen kann man sich jederzeit auf dieses Urteil des Bundesgerichts berufen. Die Konsequenz wird sein, dass bald auch die grössten Gewohnheitsverbrecher nicht mehr ausgewiesen werden dürfen; sie müssen nur eine Familie gegründet haben!

Da hat sich ausnahmsweise einmal ein Migrationsamt entschlossen, einen offenbar notorischen

Delinquenten auszuweisen und schon fällt ihm unser oberstes Gericht in den Rücken.

Dass bei solcher Verhättschelung von ausländischen Verbrechern die Schweiz immer mehr zum Paradies für solche Leute wird, darf nicht verwundern.

Liebe Bundesrichter: Immer nur weiter so, bis Ihr unsere Schweiz noch völlig zu Schanden geritten habt.



Trotz Vorstrafen landen kriminelle Ausländer oft nicht im Gefängnis!

AZ 24. März '09: Neun junge Männer aus Serbien, Kroatien und dem Kosovo zwischen 14 und 20 Jahren haben von September 2008 bis Februar 2009 im Wynental (AG) rund 50 Autos aufgebrochen und weitere Straftaten verübt. Die Beute betrug rund 40 000 Franken, der Sachschaden weitere ca. 25 000 Franken. Ihre «Tätigkeit» betraf auch andere Gebiete des Kantons Aargau sowie die Kantone Zürich und sogar das Tessin. Aber nicht nur Autos wurden aufgebrochen, sondern auch Gebäude, u.a. ein Imbissstand, wurden heimgesucht. Dabei wurde nebst Geld alles mögliche geklaut, von Kreditkarten bis Playstations. Erwischt wurde die Bande, nachdem mit einer gestohlenen Kreditkarte Geld aus einem

Bankomaten bezogen worden war. *Bemerkung:* Wenn unsere Polizei und unsere Gerichte sowie selbstverständlich auch die Fremdenpolizei nicht endlich rigoros gegen solche ausländischen «Gäste» aus Ex-Jugoslawien, aus Afrika und aus anderen Dritt- und Viertwelt-Ländern vorgeht, wird die Schweiz bald selbst zu einem Drittwelt-Land verkommen (i.S. Kriminalität bestimmt!). Solche Leute gehören lebenslang ausgewiesen, wenn nötig mitsamt ihren Familien. Dann wird dieses Unwesen aufhören, die Schweiz als Selbstbedienungsladen zu betrachten...

AZ 24. Februar '09: Drogendealer. Ein Westafrikaner ist vom Bezirksgericht Zürich zu acht Monaten unbedingt verurteilt worden. Er hatte zwar nur mit 0,5 Gramm Kokain gehandelt. Die hohe Strafe begründete das Gericht aber damit, dass der Täter bereits sieben Vorstrafen hatte, davon sechs ebenfalls wegen Kokainverkäufen und mit den vielen Vorstrafen sowie der Uneinsichtigkeit des übrigens selbst nicht süchtigen Täters.

Das «Schönste» an der ganzen Sache ist wohl folgendes:

Der Täter war 1998 als Asylant in die Schweiz eingereist und hatte durch Heirat mit einer Schweizerin das Bleiberecht erhalten. Ab 2002 betätigte er sich als Drogendealer und wurde mehrmals zu kürzeren Gefängnisstrafen oder gemeinnütziger Arbeit verurteilt.

Bemerkungen: Solange es Schweizerinnen gibt, die sich von «rassigen» Afrikanern und andern Männern bezirzen lassen, werden solche Scheinheiraten nicht aufhören. Wie wäre es, wenn der Bundesrat ein Gesetz in Kraft setzen würde, nach welchem die Schweizer «Ehefrau» mit dem Täter zwingend in das Heimatland desselben abgeschoben werden könnte?

AZ 26. März '09: Das Bezirksgericht Zürich hat ein irakisches Ehepaar wegen Sozialhilfebetrug verurteilt. Die beiden hatten in Zürich Sozialhilfegelder in der Höhe von 237 000 Schweizer Franken bezogen, obwohl beide regelmässig arbeiteten! Der Mann betrieb (laut AZ) einen «schwungvollen Autohandel» und gleichzeitig auch noch eine Bar; die Ehefrau arbeitete als Putzfrau. (Dies nennt man in der Schweiz wohl die «ach so armen Auslän-

der», die so wenig verdienen, so dass beide arbeiten müssen, die Red.) Die ausgesprochenen Strafen waren – wie immer in Fällen, wo «arme, verschupfte Ausländer» involviert sind – lächerlich klein. Der Mann erhielt zwei Jahre, davon die Hälfte bedingt, die Frau eine bedingte Geldstrafe von 180 Tagessätzen zu 30 Franken, also total 5400 Fränkli, das sind ca. 2 Prozent der ertrogenen Sozialhilfegelder. Logisch wäre es, dass das saubere Pärchen die ertrogenen Sozialhilfegelder zurückerzahlen muss. Aber diese sind mit Sicherheit schon längst verbraucht oder in Liegenschaften im Ausland angelegt. Und ausweisen kann man sie sicher auch nicht, da diese, mit Hilfe von «Hilfswerken» wie Caritas, HEKS usw., sicher «Verfolgung» im Heimatland geltend machen werden. Wo bleibt da die Gerechtigkeit?

AZ 26. März '09: «44-köpfige Drogenbande zerschlagen», so lautete der Titel. Zürcher Fahnder hatten bei Haussuchungen beschlagnahmt: 8,1 Kilogramm Heroin; 2,7 Kilo Kokain; 14,3 Kilo Streckmittel (die genannten Drogen waren also offenbar rein), eine halbe Million Franken in bar sowie zehn Waffen. Die Verhafteten waren: 30 illegal anwesende Albaner, 1 Albaner mit C-Bewilligung, 1 Türke sowie 2 Schweizer.

Ich würde vorschlagen, dass die Schweiz einen Teil der Rechtsordnung von Malaysia und/oder Singapur übernehmen sollte. In diesen beiden Staaten kann schon beim Besitz von minimalen Mengen Drogen (soviel ich weiss ab 25 Milligramm, d.h. 25 tausendstel Gramm) die Todesstrafe ausgesprochen werden.

AZ 26. März '09: In Langendorf (SO) hat ein 15-jähriger Bezirksschüler seinen Sitznachbarn mit einem 15 bis 20 cm langen Filettiermesser niedergestochen. Das Opfer erhielt schwere Stich- und Schnittverletzungen. Dass es sich beim Täter um einen Serben handelt, wird in der «AZ» erst inmitten des grossformatigen Artikels erwähnt, dass das Opfer Schweizer ist, gar erst im letzten Drittel des Textes. Wären umgekehrt der Täter Schweizer und das Opfer Serbe gewesen, kann ich mir etwa folgenden Grosstitel vorstellen: «Brutaler Schweizer metzelt Ausländer nieder.»

Aufgepasst!

Der «Schweizer Demokrat» gehört nach dem Lesen nicht ins Altpapier.

Bitte die Zeitung an Freunde und Bekannte weitergeben oder an einem belebten Ort (Restaurant, Wartsaal, usw.) mit dem Zeitungsnamen nach oben liegen lassen... für den nächsten interessierten Leser!

Einbürgerung – Züri so nicht!

Wie gut müssen die Deutschkenntnisse von Einbürgerungswilligen sein? Wie schlecht darf der Leumund sein? Zum Thema Sprachkenntnisse geht der Entwurf von der «Integrationsvermutung» (!!!) aus: Wer fünf Jahre Schule oder berufliche Ausbildung in deutscher Sprache vorweisen kann oder wer ein Sprachdiplom erworben hat, gilt als integriert. Wem beides fehlt, muss eine Prüfung ablegen (da diese aber nur mündlich zu absolvieren ist, kann man sich in etwa vorstellen, wie locker diese sein wird, die Red.). Und das geforderte Sprachniveau soll erst später in einer blossen Verordnung definiert werden. (Da Verordnungen – zumindest im Kanton Aargau – nicht vom Parlament genehmigt werden müssen, kann die Regierung, oder noch schlimmer, eine blosse Kommission, das Sprachniveau beliebig tief ansetzen). Und noch schlimmer wird es beim Leumund: Zufriedenstellend ist lediglich, dass bei erwachsenen Einbürgerungswilligen der Strafregisterauszug keinen Eintrag enthalten und auch kein Strafverfahren hängig sein darf. Schlimm wird es aber bei Jugendlichen: Jugendliche, die ein Verbrechen begangen haben, sollen erst fünf Jahre nach der Verurteilung ein Einbürgerungsgesuch stellen dürfen. Nach der Verurteilung wegen eines Vergehens soll die Wartefrist drei Jahre betragen. Man stelle sich das einmal vor: Jugendliche ist man bis 18 Jahren; das heisst, der Einbürgerungswillige darf kein Verbrechen begangen haben, bevor er 13 Jahre alt ist (!), und kein Vergehen, bevor er 15 ist. Sind diese Altersbeschränkungen wohl auf das Alter der im Kanton Zürich in letzter Zeit mehrfach bekannt gewordenen Gruppenvergewaltigungen von minderjährigen Mädchen abgestimmt werden?

SVP, FDP, CVP, EDU gegen den Entwurf

Wenigstens sind SVP, FDP, CVP und EDU, die im Zürcher Kantonsparlament eine Mehrheit haben, mit diesem Entwurf nicht einverstanden. Diese Parteien wollen von Bewerbern für die Einbürgerung bessere Sprachkenntnisse verlangen und fordern auch schärfere Bestimmungen für straffällig gewordene Personen. Da muss man sich wirklich fragen: Wie kommt die Kantonsregierung auf die absurde Idee, einen Gesetzesentwurf vorzulegen, welcher in wesentlichen Punkten von den massgebenden Parteien im Parlament abgelehnt wird; diese Parteien sind ja sicher auch in der Regierung ver-



Reicht bald die «Integrationsvermutung» für eine erfolgreiche Einbürgerung?

treten und da wohl auch in der Mehrheit. Wieder ein typisches Zeichen, wie unsere Regierenden am Volk vorbei politisieren. Typisch allerdings: Der SP und den Grünen gehen die sprachlichen Anforderungen zu weit. (Diese Parteien wollen ja eine möglichst multikulturelle Schweiz mit einem babylonischen Sprachengewirr!) Umstritten ist auch die sogenannte «Härtefall-Regelung». Sie erlaubt es Gemeinden, jemanden einzubürgern, auch wenn bestimmte Kriterien nicht erfüllt sind, etwa bei den Sprachkenntnissen. Auf gut Deutsch übersetzt heisst das, dass praktisch jeder Mann und jede Frau eingebürgert werden kann.

Extreme Linke zeigt wieder einmal ihr wahres Gesicht

Im Zürcher Kantonsrat wurde der Beitritt zum internationalen Hooligan-Konkordat beschlossen, um ein härteres Vorgehen gegen Krawallmacher, insbesondere an Sportanlässen, zu ermöglichen. Das allein wäre wirklich keiner Erwägung wert. Typisch ist aber, dass die Alternative Liste (AL) den Antrag gestellt hatte, auf das Geschäft nicht einzutreten, d.h. es gar nicht zu behandeln. Dieser Antrag wurde mit 148 zu 20 Stimmen abgelehnt. Damit zeigen die «Alternativen» wieder einmal, dass sie an konstruktiver politischer Arbeit wenig bis gar nicht interessiert sind. Ihr Ziel bleibt nach wie vor die Zerstörung unserer demokratisch-



Aufmarsch von verummten linken Chaoten.

staatlichen Strukturen, indem möglichst viel Chaos und Unruhen bis hin zu den berüchtigten Strassenschlachten, z.B. am 1. Mai, provoziert werden. Wenn der Staat mal kaputt gemacht worden ist (nach dem altbekannten Motto der 68-er Generation «macht aus dem Staat Gurkensalat»), dann hoffen die linken Chaoten, ihre Ziele und Thesen in Staat und Gesellschaft durchzusetzen. Betreffend Krawallen an Fussballspielen erinnere ich mich an eine Reportage im Schweizer Fernsehen über Hooligans. Da hat einer dieser Fussball-«Fans» doch tatsächlich gesagt: «Fuessballspiel sind scho guet, nume isch schad, dass debi no Fuessball gspilt wird.» Oder an einen Cupmatch im zwischen Baden und GC Zürich. Da gab es ausserhalb des Badener Stadions zu Beginn eine richtige Strassenschlacht (zum Glück war von Anfang an genügend Polizei zur Stelle). Das Erschreckende dabei war, bei den Krawallmachern handelte es sich gar nicht um Fussball-Fans, sondern um Anhänger der Eishockeyclubs von Lugano und dem ZSC (!!!), die einfach die Gelegenheit wahrgenommen haben, um zu randalieren.

Wieder Schweizer Justiz-Skandal

Verwarter Sexualtäter auf unbegleiteten Urlaub!

AZ 2. April '09: Ein mehrfach wegen Sexualtaten verurteilter und verwarter Mann hat auf unbegleiteten Hafturlauben erneut Vergewaltigungen versucht und sexuelle Nötigungen begangen. Der Mann ist seit 1995 verwarnt; trotzdem erhielt er schon seit längerem unbegleiteten Urlaub. So hatte er sich auf solchen sogar eine Identitätskarte besorgt! Da muss man sich wirklich fragen: **Wann werden unsere Justiz- und Vollstreckungsbehörden endlich gescheitert?**

Wieder kriminelle Asylanten

AZ 2. April '09: In Aarau wurde in die Bibliothek der Höheren Fachschule Gesundheit und Soziales eingebrochen. Die vier Einbrecher stahlen mehrere Notebooks. Es handelte sich um zwei Tunesier und zwei Algerier. Bei derselben Razzia in den Asylunterkünften wurde ausserdem ein Liberianer verhaftet, der eine grössere Menge Kokain bei sich hatte, sowie ein weiterer Algerier, der wegen verschiedener Delikte zur Verhaftung ausgeschrieben war. Ganz abgesehen davon, dass es sich wieder einmal erweist, dass die Schweiz of-

fenbar immer mehr zum Schlaraffenland für Nichtsnutze aus der ganzen Welt verkommt. Man muss man sich fragen: Was suchen Leute aus Algerien, Tunesien und Liberia als «Asylforderer» in der Schweiz? Unser Asylgesetz ist – sicher genau wie alle anderen weltweit – dazu da, um Leute, die wirklich an Leib und Leben verfolgt sind, aufzunehmen. Warum werden aber ganz offensichtliche Wirtschaftsflüchtlinge nicht ohne langwierige Verfahren raschmöglichst ausgeschafft? **Haben da wieder Caritas und HEKS ihre Finger im Spiel?**

Wieder Raser aus dem Balkan

Ohne Billett mit 216 km/h auf der Autobahn

AZ 7. April '09: Ein Mann aus einem «südosteuropäischen Land» (so schreibt die Aargauer Zeitung übervorsichtig), der aber in Basel aufgewachsen ist, wurde vom Bezirksgericht Brugg zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Er war, statt der erlaubten 120, mit 216 km/h erwischt worden. Der Mann war bereits mehrfach wegen grober Verletzungen des Strassenverkehrsgesetzes gebüsst worden; u.a. hatte er auch schon zwei Mal bedingte Gefängnisstrafen erhalten und happige Bussen kassiert. Der Führerausweis war ihm nota bene bereits vor vier Jahren auf unbestimmte Zeit entzogen worden – ein «schöner» Beweis, wie selten die Polizei offenbar Kontrollen durchführt, denn es ist kaum anzunehmen, dass dieser Typ vier Jahre ohne Geschwindigkeitsüberschreitung unterwegs war. Ausserdem hatte er gegenüber der Polizei falsche Angaben gemacht. Er hat sich als dessen Bruder ausgegeben! **Warum werden solche kriminellen Typen nicht sofort ausgewiesen** – auch wenn sie in der Schweiz aufgewachsen sind? Ein kleines Detail – der Staatsanwalt hatte nur gerade sechs Monate unbedingt verlangt. Leider wird das wohl nicht das Ende vom Lied sein. Es ist mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit anzunehmen, dass dieser Typ das Urteil durch alle Instanzen bis vors Bundesgericht weiterziehen wird. Bis dann – nach Jahren – das Urteil endlich rechtskräftig sein wird, wird er wohl schon eingebürgert sein!

Der G-20-Gipfel von London vom 2. April 2009 –

Ein übles Blendwerk!



Der Monatskommentar von Valentin J. Oehen, e. Nationalrat, Köniz

Was wir seit Monaten erleben, ist weitaus mehr als eine gewöhnliche Finanzkrise. Es ist mehr als eine Immobilienkrise, denn der Zusammenbruch des amerikanischen Häusermarktes war nur der Auslöser. Es ist auch mehr als ein Aktiencrash, weil die Katastrophe nicht von den Aktienmärkten ausging.

Es ist eine Systemkrise, die nicht nur einzelne Sektoren oder einzelne Staaten erfasst hat, sondern mehr oder weniger alle Industrieländer. Wir erleben das Ende einer Epoche, das Ende der Dominanz des angelsächsischen Finanzkapitalismus und den Anfang vom Ende des Dollarstandards.

Der mit riesigem Tamtam aufgezo- gene eintägige Gipfel von London war in Wahrheit ein verwerfliches Täuschungsmanöver im Interesse Grossbritanniens und den USA. Die Hintermänner dieses üblen Spiels sind längst bekannt. Es sind die gleichen Kreise, die Nixon dazu brachten, die Golddeckung der amerikanischen Dollarwährung zu streichen und die Jimmy Carter zur Deregulierung der Finanzmärkte veranlassten.

Es ist nicht übertrieben, wenn von diesem Crash als einem «Danaer-Geschenk» (= Unheil bringendes Geschenk) Amerikas an die Welt gesprochen wird. Die USA haben den Status der Welt-Reserve- währung hemmungslos missbraucht und ihre Rüstungs- und Kriegsabenteuer mit Schulden bei den Partnerländern finanziert. Dabei haben die Amerikaner die Geldmenge um das Vierzigfache aus- geweitet, während sich der Güter- und Dienstleistungswert lediglich vervierfacht hat.

Im Vorfeld des Gipfels wurde dar- auf hingewiesen, dass Larry Som- mers der Leiter des Wirtschaftsra- tes von Präsident Obama für die voraussehbare Katastrophe des Blendwerks – genannt Gipfel der 20 grössten Industriestaaten und Schwellenländer – verantwortlich zu machen sei. Er soll schuld sein, dass die Idee eines NEUEN BRET- TON WOODS nicht auf die Tages-

ordnung kam und alle Vorschläge nur den Zielen des Britischen Em- pire-Methoden einer «Weltregie- rung», wo alle einzahlen, um die Londoner City zu retten, dienen. Dazu gehört die «IWF Reform» mit der Verdreifachung ihrer Mittel auf rund 1500 Milliarden Dollar; die penible Jagd auf alle eventuell nicht versteuerten Vermögen; die Diskriminierung von Staaten wie der Schweiz, Österreich und Lu- xemburg.

Tatsächlich haben die Invest- ment-Banken in ihrer Kreativität immer neue «Finanzprodukte» auf den Markt geworfen, um unsinnige Gewinne zu realisieren. Viele von diesen Banken sind bereits ihren



Während des 2. Weltkrieges ver- langten die USA für die Bezahlung von Rüstungsgütern Gold von den kriegführenden Nationen. So sam- melten sich über 30 000 Tonnen Gold aus aller Welt in den USA an.

eigenen Verfehlungen zum Opfer gefallen oder aber die Arroganz und Kurzsichtigkeit, wenn nicht Blindheit ihrer Manager, wird trotz kostspieligen Rettungsversuchen ihr Ende herbeiführen.

Allerdings werden am Schluss der Entwicklung gewisse Banken als die grossen Gewinner aus dem Desaster hervorgehen. Es ist gut, sich Namen wie Goldman Sachs, Rockefeller, J.P. Morgan u.ä. zu merken.

Am 26. März 2009 veröffentlichte der «Corriere della Sera» ein Inter- view mit dem britischen Aussen- minister David Miliband und titelte dazu: **«Bei der G-20 wird die Welt mit amerikanischem Nummern- schild zu Ende gehen.»**

Kommentar überflüssig!

Symptom-Bekämpfung als Blendwerk!

Die unglaublichen Boni und Ab- gangsentschädigungen von Spit- zen-Managern sind ebenso wenig

Ursache der Krise wie die Steuer- flüchtlinge und die sogenannten Steueroasen. So sehr es sich dabei um für uns gewöhnliche Steuer- zahler enorme Summen handelt, so wenig haben sie mit der Ursache der Krise zu tun. Sie sind Sympto- me eines üblen Versagens der Poli- tik, resp. der Folgen der oben ange- deuteten Vorgänge.

Dr. Bruno Bandulet meinte (Zitat): *Verantwortlich für das Debakel sind eben nicht nur die Banken, sondern auch die Aufsichtsbehörden und die Politiker. Was die Banken anbelangt, kann man sogar von verminderter Schuldfähigkeit sprechen. Wenn man einem In- vestmentbanker zu viel Geld in die Hand gibt (das haben die Noten- banken getan) und wenn die Re- geln zu lasch sind (das haben die Aufsichtsbehörden zu verantwor- ten), dann wird er sich eben ver- halten wie ein Hund neben einem Wurstkranz (und den ganzen auf- fressen!).*

Tatsache ist, dass in den USA die zügellose Expansion der Finanzin- dustrie von der Regierung gerne gesehen wurde, weil sie Steuern in die öffentlichen Kassen spülte, dass der Immobilienboom vom Staat angeheizt wurde (auch mit Hilfe von Fannie Mae und Freddie Mac, auf die mit fünftausend Milli- arden Dollar die Hälfte aller Hypo- theken entfallen) und dass Noten- bankchef Greenspan die Hauskäu- fer ausdrücklich ermuntert hat, Hypothekendarlehen mit varia- blem statt mit festem Zins aufzu- nehmen.

Zudem haben die Amerikaner ei- nen ökologisch unheilvollen Kon- sumismus weltweit forciert.

Der lärmige Kampf des deutschen Finanzministers Steinbrück, des französischen Präsidenten Sarko- zy und des englischen Premiers Gordon Brown gegen das Bankge- heimnis und die Steueroasen sol- len vor allem vom eigenen Versa- gen ablenken. Dass Barack Obama dabei mitmacht, ist nicht verwun- derlich, steht doch letztlich der englisch-amerikanische Casino- Kapitalismus im Kreuzfeuer.

Die «NZZ» kommentierte am 3. April: *Präsident Obama, wie Brown anfänglich gegen eine zu harte Re- gulierung des globalen Finanz- systems, skizzierte an seiner Pres- sekonzferenz eine Neudefinierung der amerikanischen Aussenpolitik nach Bush.*

Ohne auf eine amerikanische Vormachtstellung zu verzichten, setzte er einen neuen Akzent auf internationalen Konsens, nicht nur beim Thema Finanzordnung, sondern auch bei Afghanistan und der Bekämpfung des interna- tionalen Terrorismus.

Die verbale Zurücknahme ame- rikanischer Grossmachtallüren wirkte beruhigend. Aber dies allein machte noch nicht klar, wie die neue Weltordnung aussehen soll, von der Brown gesprochen hatte. Die Aufwertung des Internationa- len Währungsfonds (IWF) soll erst 2011 spruchreif sein. Es machte den Anschein, dass man bei der G-20 geradezu erleichtert war, dem IWF neue Aufgaben und mehr Mittel geben zu können, um von der nationalen Verantwortung für die Finanzkrise abzulenken.

Was ist von den Beschlüssen in London zu halten?

Um es ganz kurz zu sagen: Gar nichts!

– Wie mit «Benzin» (fiat money) im Umfang von 1 100 000 000 000 Dollar der Flächenbrand ge- lösch werden soll, bleibt das Ge- heimnis der «Schauspieler» von London.

– Nicht zu vergessen ist, dass der Staat im weitesten Sinne die Vor- aussetzungen für den Flächen- brand geschaffen hat. Nicht zu vergessen ist, dass die lockere Geldpolitik in den USA die Grundlage für Masslosigkeit und Gier gelegt hat, dass fast alle Staaten in guten Zeiten un- bekümmert Haushaltdefizite produziert haben, statt Schulden abzutragen und Reserven anzu- legen.

– Nicht zu vergessen ist, dass der amerikanische Kongress gerade jetzt lockerere Bilanzrichtlinien für die Unternehmen verabschie- det hat.

– Jeder Gedanke an die Schaffung eines neuen Finanzsystems z.B. auf der Basis einer denationali- sierten Leitwährung (z.B. auf der Basis eines Warenkorbes oder auf Gold) von den Amerikanern so- fort entschieden abgelehnt wur- de. Das hat einerseits histori- sche, machtpolitische Gründe. Zum andern Teil ist das aber auch auf den von diesen Kreisen ausgegangenen Prinzipien-, Übersichts- und Realitätsverlust zurückzuführen, wie am Beispiel der einträglicheren, jedoch im- mer komplexeren «Produkte» (Derivate) erkannt werden kann,

welche an Stelle der traditionellen, auf die reale Wirtschaft ausgerichteten Dienstleistungen gesetzt worden sind.

- Was der IWF mit den zusätzlichen Milliarden Gutes erreichen soll, bleibt schleierhaft, hat doch dieser IWF bis heute Hilfesuchende Staaten lediglich in eine schlimme Zinsabhängigkeit und innenpolitische Katastrophe (Austerität-Zwänge zu Lasten der ärmsten Bevölkerung!) gestürzt. (Dass jetzt auch noch die Schweiz laut Bundesrat Merz mit 10 Milliarden mitmachen soll, schlägt dem Fass den Boden raus!)
- Offensichtlich haben die Politiker von London vergessen, dass
 - die heute grosszügig angehäuften Schulden auch wieder einmal abgetragen werden müssten und
 - dass die von ihnen verabreichte Medizin sich erfahrungsgemäss als gefährlicher erweisen dürfte als die Krankheit selber.

Weil die Finanzindustrie nicht in realen sondern in nominalen Grössen rechnet, hat sie grundsätzlich eine inflationäre Schlagseite. Sie floriert, wenn Schulden und Geldmengen wachsen. – So wächst und wächst das Monster, das jetzt ver-

zweifelt gestützt und gar noch aufgebläht wird, weil sein Kollaps (angeblich) inakzeptabel ist, nach dem Rezept: Nach mir die Sintflut!

Laut der Bank für die Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) waren Ende 2007 im weltweiten Freiverkehr (also ohne die geregelten Börsen) Derivate im nominellen Wert von sechshunderttausend Milliarden Dollar im Umlauf, darunter Zinsderivate für vierhunderttausend Milliarden und Kreditausfallderivate (Credit Default Swaps) für sechzigtausend Milliarden.



Die Eurobank, die Banque of Japan und auch unsere Nationalbank wissen genau, wie wertlos der Dollar inzwischen ist, stützen aber immer noch die gesetzliche Illusion der Zahlungsmittelfunktion des Dollars.

Damit bewegen wir uns in Grössenordnungen, die einen globalen Supercrash als unausweichlich erscheinen lassen – abgesehen davon, dass wir es hier mit einem staatlich geförderten Ponzi-System à la Madoff zu tun haben.

Der ehrliche Schuldner ist der Dumme!

Schulden in dieser Grössenordnung kann «mann» nicht mehr zurückzahlen. Entweder werden sie in einem Bankrott gelöscht oder mit Hilfe massiver Inflation wegrationalisiert. In den USA sind Unternehmer, Private und der Staat zusammen mit mehr als fünfzigtausend Milliarden Dollar verschuldet. Das entspricht gut 350 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Da ist leicht vorstellbar, dass die Probleme in Zukunft mit einer Hyperinflation gelöst werden und die Gläubiger auf der ganzen Welt (inklusive der Schweiz) werden nur noch die Faust im Sack machen können. Da bleibt auch wenig Zuversicht, dass die grossmäuligen Machthaber von heute selbst noch die Einsicht gewinnen und die Kraft aufbringen werden, um die Konsequenzen ihres Tun und Lassens nicht auch noch in neue Kriege ausmünden zulassen, womit sie dann einmal mehr von der Grundproblematik ablenken

möchten. Es ist dann wohl auch kein Zufall, dass der letzte NATO-Gipfel sofort im Anschluss an den G-20-Gipfel durchgeführt wurde.

Gibt es denn überhaupt eine anständige Lösung!

Der lange Zeit verunglimpft, weil unbequeme Ökonom Lyndon LaRouche hat soeben Präsident Obama folgende Lösung vorgeschlagen:

«Man muss das ganze System einer Konkursanierung unterziehen. Den finanziellen Müll aussortieren und entsorgen. Die Banken nach den Prinzipien des Glass-Steagall-Gesetzes erneuern. Die Banken wieder mit Kapital versorgen. Aber nicht die Gläubiger. Vor allem dürfen nicht die Spekulanten bezahlt werden.»

Mit einer positiven Reaktion der amerikanischen Regierung ist voraussichtlich nicht zu rechnen. Wir sind daher aufgefordert, uns mit Perspektiven auseinanderzusetzen, die uns zwar meist unvertraut sind, welche wir aber mit unseren eigenen Mitteln positiv beeinflussen können. Auf dass unsere nationale Eigenständigkeit, unsere Würde und unser Wohlergehen nicht vom «blinden Sturm der Elemente» mitgerissen werden mögen!

Lampedusa: Tor ins Paradies!

Sie kommen ohne Waffen und in verhältnismässig kleinen Gruppen, aber sie kommen stetig. Und wie man von altersher weiss: Steter Tropfen höhlt den Stein – er höhlt auch den Stein namens Europa. Wenn mal wieder zehn arme Teufel ertrinken, weil sie sich unter der Führung ebenso seeuntüchtiger Schlepper in Nusschalen aufs hohe Meer gewagt haben, ist ihren überlebenden Weggenossen das Mitleid der naiven Europäer sicher. Und jene, die ankommen, auf der italienischen Insel Lampedusa zum Beispiel, sind sehr viel mehr an der Zahl als die wenigen Unglücklichen, die es nicht schaffen.

Flüchtlinge oder Eroberer?

In unseren Medien ist immerzu von «Flüchtlingen» die Rede. Niemand fragt, wovor denn all diese Leute flüchten. Allein der Umstand, dass sie schwarz sind und aus mausarmen Ländern kommen, genügt, um bei den satten – oder sollte man sagen: wohlstandsverfressenen? – Europäern den Tränendrüseffekt auszulösen. Und langsam, aber sicher werden die europäischen Länder, insbesondere

re die Städte immer mehr afrikanisiert. Kurz vor Mittag, im Hallenbad City in Zürich. Eine Schulklasse hat Schwimmunterricht. Von 15 Kindern sind drei Voll- und vier Halbfrikaner, sechs sehen europäisch aus, sind aber offensichtlich keine Schweizer. Mit Mühe macht man zwei Kinder aus, die von Schweizern abstammen könnten. Ist das die Zukunft unserer Heimat?

Nicht weniger wert, aber anders und nicht hier zuhause

Kritisiert man diese Entwicklung, so ist man sogleich ein «Rassist», und das ist definitionsgemäss das Böseste, was es gibt auf dieser Welt. Man wird gefragt, wieso denn ein Neger «weniger wert» sei als ein Bleichgesicht, und antwortet guten Gewissens: Niemand behauptet, dass wir mehr wert seien, das wärebarer Unsinn. Aber wir sind hier zuhause – genügt denn das nicht, um unsere Heimat für uns beanspruchen zu dürfen, so wie es alle anderen Völker auch tun? In Afrika würde kein Volk tolerieren, dass in manchen Schulklassen jedes vierte Kind offen-

sichtlich kein Afrikaner und von den andern die Hälfte nur Halbfrikaner sind.

Vom Familien- zum Stammesnachzug

Szenenwechsel. Der Verfasser setzt sich auf der Terrasse eines Restaurants in Zürich-Wiedikon (früher ein Schweizer Arbeiterquartier) an einen Tisch. Schräg vis-à-vis sitzen zwei Afrikanerinnen. Sie suchen schnell das Gespräch, und das Thema ist klar. «Willst Du nicht meine Schwester heiraten?» Der Schreibende sagt: «Nein, ich bin verheiratet und zufrieden damit.» Die Kenianerin ist hartnäckig: «But you could be my boyfriend...» Als auch daraus nichts wird, entspinnt sich ein aufschlussreiches Gespräch. Die Frau aus Kenia, die nur Englisch und Suaheli spricht, zeigt stolz ihren Schweizerpass mit einem schweizerisch klingenden Namen. Sie hat es geschafft und ist nun tagaus- und tagein daran, ihr ganzes Dorf in die Schweiz nachzuziehen.

Doch die Schweizer merken nichts...

Früher machte man Invasionen, indem man mit Panzern und Kanonen ins begehrte fremde Land

einmarschierte. Das braucht es heute nicht mehr. Man schickt, so wie es z.B. die Afrikaner erfolgreich tun, einfach den eigenen Bevölkerungsüberschuss, wenn möglich als angebliche «Flüchtlinge» und übers «weite» Meer. Wenn das



Invasion der Illegalen. Druck auf Europa nimmt zu.

eine Weile so weitergeht, ist das Zielland auch erobert, ganz ohne dass man auch nur einen Schuss abfeuern muss, ganz friedlich! Aber geht es deswegen den Einheimischen, deren Land erobert wird, besser als bei einer kriegerischen Invasion? Noch haben wir Zeit, auf die stille Invasion per Nusschale zu reagieren, so wie man auf eine Invasion reagieren muss, wenn man sie abwehren und nicht untergehen will. Aber viel Zeit bleibt uns nicht mehr, das fürchtet nicht nur
Vercingetorix

SD-Marktplatz

Suchen Sie etwas? (ein Handörge-
li oder eine/n Freund/in). **Möchten
Sie etwas verkaufen, vermieten,
verschenken, tauschen usw?**

Rufen Sie uns an und teilen Sie
uns Ihr Anliegen mit. Oder schrei-
ben Sie uns per Briefpost/Post-
karte; noch besser per E-Mail. Der
zu veröffentlichende Text soll **kurz**

und **aussagekräftig** sein! Diese
Kleininserate erscheinen max. 2-
mal im «Schweizer Demokrat»
und sind für die SD-Familie **gratis**.
Normalerweise wird im Kleininserat
für die Kontaktaufnahme die
Telefonnummer des/der Auftrag-
gebers/in abgedruckt. Aber andere
Kontaktmöglichkeiten sind auch

möglich (z.B. Postadresse, E-Mail).
Bei ganz persönlichen Dingen ist
ein **Chiffre-Inserat** von Vorteil. In
diesem Fall bitte Ihrer Briefsen-
dung an uns Fr. 10.– (Note) beile-
gen. Wir leiten dann die eingegan-
genen Briefe an Sie weiter. Bitte
Ihre Postanschrift nicht vergessen.
Volle Diskretion zugesichert!

Kontaktadresse: SD-Marktplatz,
Postfach 1531, 4001 Basel

Tel. 061 262 03 04, Fax 061 262 03 15
E-Mail: info@sd-marktplatz.ch

Inserateaufgabe auch direkt mög-
lich auf
www.schweizer-demokraten.ch

Wer sucht, der findet!

ZU VERKAUFEN:

Gartenwerkzeug, 10-teilig, sehr
guter Zustand, Fr. 50.–

Verschiedenes: 1 Kinder-Velo ab 2
Jahren, 1 Knaben-Velo ab 4 Jahren,
1 Touren-Velo, rot, alles in gutem
Zustand, zusammen Fr. 30.–.
4 Stück Elektro-König-Grill und
Bratofen-Grill, 1 Nähmaschine «El-
na», im Koffer, 1 Kindervelositz
(neu), 1 Rasenmäher, nur zwei Be-
triebsstunden, 1 Rasentrimmer mit
Accu, fast neu, 1 Rasentrimmer,
elektrisch, 2 Vogelkäfige, Höhe 80
cm, Breite 58 cm, Tiefe 40 cm,
Zweiter etwas weniger hoch.
Mehrere Küchengeräte wie Mixer
usw., neuwertig. Region Luzern.
Fridolin Luchsinger, Rubistrasse,
nahe Vitznauerhof, 6354 Vitznau,
Telefon/Fax 041 397 01 88

ZU VERKAUFEN/VERMIETEN:

Wohnwagen, 4 Schlafplätze – mit
Vorbau, winterisoliert, an schön-
ster Lage **am Lauerzersee**, 2 Minu-
ten vom Strandbad. Guter Zustand.
Auch interessant für Marktfahrer.
Ferner suchen wir Interessenten
für Schlauchboot und Alu-Boot.
Region Luzern; Fridolin Luchsinger,
6354 Vitznau,
Telefon/Fax 041 397 01 88

GESUCHT:

Kaufe von Privat **altes Spielzeug
vor 1970** (Eisenbahnen, Blechautos,
Flieger, Schiffe, Elastolinsoldaten,
usw.). Auch **alte Ansichtskarten
vor 1950** und **alte Emaille-
schilder**. Stadt Zürich.
Telefon 079 643 55 63

Suche Märklin HO. Alte BLS EWi/
1.Kl.- und 2.Kl. Personenwagen.
Alte SBB EWi/1. Kl. Personenwa-

gen. Hag HO. Rollmaterial mit
neuer Schachtel. Region Bern.
Telefon 079 229 25 03

**Sie möchten Ihr Geld sicher an-
legen?** Schweizerin benötigt 300000
bis 400000 Franken für Anbau an
Liegenschaft an Top-Lage in der
Stadt Zürich. Gesucht Baukredit
und Langzeit-Hypothek.
Garantierte Deckung und gute
Verzinsung! **Antwort bitte an
Chiffre Nr. 52, SD-Marktplatz,
Postfach 1531, 4001 Basel**

Gesucht – günstig oder gratis:
Fotos, Ansichtskarten, Prospekte,
mit Abbildungen von Menschen,
Objekten, Gebäuden, Landschaften
usw. für den Abdruck im «Schwei-
zer Demokrat» (Bebilderung von
Artikeln). Kontaktadresse:
SD-Sekretariat in Bern.
**Telefon 031 974 20 10,
Fax 031 974 20 11**
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Kajütenbett gesucht.
Möglichst günstig. Wird abgeholt.
Region Nordwestschweiz.
Telefon 079 756 97 68

ALLERLEI – NUOVO, NUOVO:

**I Democratici Svizzeri sbarcano
in Ticino.** Se sei interessato a
collaborare a questa interessante
iniziativa... scrivimi o telefo-
nami... aspetto una tua chiamata.
Riccardo Valsangiaco,
cp 292, 6834 Morbio Inferiore,
ric.valsa@sunrise.ch,
Telefono 076 595 21 53

STELLENSUCHE:

Hausmann (46) und Papi, mit Han-
delsdiplom und mehreren Jahren
Erfahrung in der Pflege in APH,
sucht in **Basel oder Umgebung**
eine **Teilzeitstelle** (max. 40%, vor-
zugsweise morgens). Dies kann

auch eine Tätigkeit ausserhalb der
Pflege sein. Ab sofort disponibel.
Ich bin vielseitig, zuverlässig und
gewissenhaft.

Telefon 061 601 75 12
helfer.pfirter@hispeed.ch

CH/ZH, 52, suche Arbeit als Lage-
rist, Magaziner, Druckereiarbeiter,
Hilfsschreiber, Maschinist, Wäch-
ter, Zeitungsverträger. Vollzeit oder
Teilzeit möglich; Fr. 3000.– monat-
lich oder Fr. 20.– pro Stunde. In der
Probezeit nach Absprache.

Telefon 076 436 95 09

Gelernter, berufserfahrener
Schlosser, 51, sucht neues Wir-
kungsfeld in Basel oder Umgebung.
Auch als Monteur angenehm.
Telefon 079 446 83 45

DIENTSTLEISTUNGEN:

Med. Fusspflege: 25-jährige Erfah-
rung, Öffnungszeiten Montag bis
Freitag, durchgehend 9 bis 17 Uhr.
Verena Walser Gesundheitspraxis,
St. Alban-Talstr. 19, Tramhalt mit
3er St. Alban Tor, 4052 Basel,
Telefon 061 312 70 40
www.kosmetik-walser.ch

BEKANNTSCHAFTEN:

Berner mit Bart, 184/84, 50plus,
sucht Schweizerin: 25–50, mit
Pepp und Humor; Freude am
Leben; Reisen und Arbeit.
Hobbies: Garten, Schwimmen,
Sauna. Freue mich auf Deinen
Anruf. Region Bern.
Telefon 078 814 51 23

REISEN/WANDERN/FREIZEIT:

Lebe seit 1 Jahr im Tessin und
suche **Gleichgesinnte zwecks
Freizeitgestaltung**. Ich, 44, m,
mobil mit Auto und Töff.

Hobbies: Frische Luft, Velo/
Spazieren, Tauchen, Billard, Dart,
Motorrad-Touren, Wassersport. Ich
freue mich auf Euch, bis bald.
E-Mail: mac1claud@yahoo.de

**SD-Pensionierte, die gerne
wandern (ganze Schweiz).** Später
eventuell Gründung einer Wander-
gruppe. Wer macht mit?
Aus der Region Berner-Oberland
Telefon 033 951 36 74

AUSSTELLUNGSHINWEIS:

Verdingkinder in der Schweiz

Im 19. und 20. Jahrhundert wurden
in der Schweiz hunderte Kinder
fremdplatziert und viele da-
von verdingt. Diese wuchsen nicht
bei ihren Eltern auf und mussten
für ihren Lebensunterhalt bereits
im Kindesalter arbeiten.
Die Aktionsgemeinschaft **www.ver-
dingkinder.ch** und **www.verding-
kinderreden.ch** hat sich zum Ziel
gesetzt, dieses noch kaum berück-
sichtigte Stück Schweizer Ge-
schichte wissenschaftlich aufzuar-
beiten. Dies beinhaltet sowohl die
Sicht der Betroffenen – der ehema-
ligen Verdingkinder – als auch die
Sicht der Entscheidungsträger –
der Behörden und Eltern.

Ab dem 26. März bis 27. Juni 2009
präsentiert der «**Käfigturm**» an der
Marktgasse 67 in Bern hierzu eine
sehr informative permanente Aus-
stellung. An mehreren Abenden
werden **Diskussionen und Lesun-
gen**, so z.B. mit Arthur Honegger,
Betroffener, Journalist, durchge-
führt. **Käfigturm: Ein Politforum
des Bundes, Tel. 031 322 70 07.**

SD 
Schweizer Demokraten

jsd- nordwestschweiz.ch

Immer am 1. und
3. Montag des Monats,
Stamm ab 20 Uhr
im Restaurant Rütli,
Gerberstr. 2 in Liestal.
Wir sind alles Junge!
Auf unserem Tisch liegen
jeweils SD-Flyer.

SD-Motorrad- und Cabrio- Club Schweiz

Anmeldung	Beiträge 2009
SD-MCC / Schweiz	Aktiv Fr. 50.–
z.H. Roland Schöni	Passiv Fr. 30.–
Postfach 108	Cabrio Fr. 50.–
3806 Bönigen	
Mobil: 076 355 90 95	
@-Post: r.schoeni@sunrise.ch	SD-MCC

Bundesbern verwöhnt Ausländer in der Schweiz und lässt Schweizer im Ausland im Stich

Ein Schweizer gründet in den USA eine Existenz. Plötzlich wird er
von Wirtschaftskriminellen und korrupter Polizei bedroht, diffamiert,
ausgeplündert und in den Konkurs getrieben. Weder US-Instanzen
noch Schweizer Diplomaten gewähren ihm Rechtsschutz.
Gesundheitlich angeschlagen und bankrott muss er am Ende das
Land verlassen. Diese beedigte, wahre Erzählung pointiert die bizarre
Rechtsunsicherheit für Ausländer in Amerika.



Harry Burger, «Im Schatten der US-Mafia» – 164 Seiten, www.bod.de – ISBN 9783833436765

Es wird eng in der Schweiz!

Mit diesem «Stoss-Seufzer» brachte die Tagesschau vom 16. April '09 die Meldung des «Bundesamt für Statistik» wonach die Bevölkerung der Schweiz bis 2030 von heute 7,7 Millionen auf 8,3 Millionen anwachsen werde.

Diese Erkenntnis ist für unsere Leserschaft nicht unerwartet, nur ist es meines Wissens das erste Mal, dass ein Massenmedium eine solche Meldung ohne dümmliche Begleitsprüche hinauslässt.

Ob man wohl da und dort langsam begreift,

– welch dramatische Verschlechterung der Lebensqualität dieses stete Bevölkerungswachstum für unser Volk und Land mit sich bringt;

– dass die politische Überlebensfähigkeit unseres Kleinstaates immer mehr gefährdet wird;

– dass das zuwanderungsbedingte Wachstum aus aller Herren Länder dem inneren Frieden in kommenden, wirtschaftlich schwierigen Zeiten kaum sehr förderlich sein wird.

Ein Blick in die Tagespresse sorgt für Ernüchterung!

In grossen Lettern verkündet «Il Giornale del Popolo», dass die Schweiz in 20 Jahren über 8 Millionen Einwohner zählen werde und dass der Kanton Tessin auf über 360 000 Einwohner anwachsen werde. Die Darstellung der Problematik ist einigermaßen detailliert, aber ohne Wertung.

2/5 Seiten widmet die «Berner Zeitung» dem Thema und illustriert die Fakten mit Balken/Diagrammen.

In beiden Zeitungen wird jedoch die Behauptung des statistischen Amtes unreflektiert wiedergegeben, dass die Bevölkerungszahl nach 2030 zurückgehen werde und zwar von 8,36 Millionen auf 8,33 Millionen bis 2050.

Diese Aussage ist eine reine, durch nichts begründete Spekulation und basiert vermutlich auf den aktuellen, demographischen Eckdaten. Nach 50 Jahren Einwanderungspolitik im Dienste des permanenten Wirtschaftswachstums müsste aber doch dem hintersten und letzten Pressemann klar sein, dass das Bevölkerungswachstum unseres Landes eine Funktion der Wirtschaftsentwicklung ist – dies ohne jede Rücksicht auf die natürlichen Gegebenheiten von Volk und Umwelt.

Die NZZ widmet der Meldung rund 75 cm² ihres «kostbaren Platzes»,



Die verfehlte Wachstums- und Zuwanderungspolitik führte zu einer regen Bautätigkeit und somit zum Verlust von Kulturlandreserven – und Lebensqualität.

während sich der Tages-Anzeiger mit 27 cm² für die SDA-Meldung begnügt.

Am absolut mickrigsten gebärdet sich das schweizerische «Intelligenz-Blatt» «Der Blick». Die bedeutungsvolle Meldung war ihm gerade noch eine einspaltige Notiz mit 12 Zeilen (24,75 cm²) wert.

Die Probleme türmen sich auf!

Anfangs der 70er-Jahre publizierten wir eine Studie unter dem Titel – «Überfremdung, Übervölkerung, Umweltzerstörung» –

und lösten damit heftige Reaktionen bei den politischen Gegnern aus. Das Thema «Einwanderung und ihre Folgen» war – damals wie heute – ein Tabu!

Kontaktieren Sie das Telefonbuch der Agglomerationen, nehmen Sie die Probleme in den Schulen mit vielerorts Kindern aus 10 bis 30 Nationen zur Kenntnis, studieren Sie die Berichte des Strafvollzuges und jeder Zweifel am Faktum der Überfremdung wird sich in Gewissheit verwandeln, dass sich unsere Schweiz mit Riesenschritten in einen Völkerbrei ohne inneren Zusammenhalt verwandelt.

Der Stossseufzer des SFDRS, es werde eng in der Schweiz, wird untermauert durch die Zahlen: 4,3 Millionen Einwohner 1946, 7,7 Millionen Einwohner 2009 voraussichtlich 8,36 Millionen Einwohner im Jahre 2030.

Hyperaktiv?

Leichtfertig werden Diagnosen gestellt – und die Krankenkasse zahlt!

Unsere Kinder sehen sich im heutigen Leben vielfältigen Problemen gegenübergestellt und sie müssen lernen, diese zu lösen und Barrieren zu überwinden, um gestellte Ziele zu erreichen.

Dazu benötigen sie Hilfe und stabile Wegweiser, die ihnen die Orientierung und die grundlegenden Werkzeuge auf ihrem Weg mitgeben.

Seit einiger Zeit werden jedoch solche Probleme als «Krankheit» diagnostiziert und das Kind wird mit einem dieser zahlreichen Begriffe wie «Lernstörung», «Aufmerksamkeitsdefizitstörung», «Rechenstörung», «Störung des schriftlichen Ausdrucks» oder auch mit «nicht näher bezeichnete Lernstörung» unter dem Begriff



ADHS (Aufmerksamkeits-Defizit-Hyperaktivitäts-Störung) abgestempelt.

ADHS wurde von einem Komitee der APA (Amerikanische Psychia-

Bekannt ist auch der tägliche Kulturlandverlust durch Überbauungen, die chronischen Staus in den Agglomerationen und das Gejammer der SBB, demnächst an ihre Kapazitäts-Grenzen zu stossen.

Der kleinste Teil der Bevölkerungszunahme ist auf die Fruchtbarkeit unseres Volkes zurückzuführen. Die Einwanderung = zunehmende Übervölkerung ist das Ergebnis des gewollten, andauernden Wirtschaftswachstums – weit über die Möglichkeiten und Bedürfnisse des eigenen Volkskörpers hinaus!

Es wäre höchste Zeit und die Aufgabe der Politik, die Wohlfahrt des Volkes diesbezüglich endlich klar zu definieren.

Da die Menschen Platz benötigen – zum Wohnen und Arbeiten,

– für die Mobilität (Verkehr)

– für die Gestaltung der Freizeit (Sport und Erholung)

ist die Beanspruchung der natürlichen Umwelt (= Umwandlung der Kulturlandschaft in «Zivilisationswüste») eine zwangsläufige Folge der Wachstums-Politik.

Schlussfolgerung

Trotz der freien Zuwanderung aus den EU-Staaten, trotz der birnenweichen Asylpolitik, trotz des Wachstums-Aberglaubens unserer Wirtschaft: Wir müssen und wollen für die Reduzierung der Wohnbevölkerung in unserem Land kämpfen. Es ist schon jetzt zu eng in unserem Lande!

*Valentin J. Oehen,
e. Nationalrat, Köniz*

trische Vereinigung) per Abstimmung 1987 ins Leben gerufen und wird seitdem im DSM (Diagnostic Statistic Manual) als Krankheit aufgeführt.

Die Tragödie: Falsche Diagnosen... und Krankenkasse zahlt

Die Tragödie: Das Kind ist nun mit einem offiziellen Krankheitsbild etikettiert und kann medikamentös «behandelt» werden. Die Pharma-Industrie bietet natürlich eine Vielfalt von Psychopharmaka zur Symptomunterdrückung an. Diese bewirken zwar keine Heilung, aber fördern sicher den Gewinn und die Krankenkasse zahlt.

Der Mythos des chemischen Ungleichgewichts...

Weitverbreitet sind Ritalin oder Concerta, welche auf Methylphenidat basieren und mit den

Fortsetzung Seite 10

Was unsere Leser in Zeiten der Krise interessiert!

Immer wieder erhalten wir Leserbriefe mit Fragen zu aktuellen, politischen Problemen. Im Zusammenhang mit der aktuellen Systemkrise legte uns nun Herr M. Sch. aus Z. einen Fragenkatalog vor, den wir ihm auf der Basis unserer Kenntnisse und unserer politischen Grundlagenpapiere zu beantworten versuchen wollen. Die von ihm aufgeworfenen Fragen sind von höchster Aktualität. Dabei ziehen wir seine zahlreichen Fragen – wo es möglich ist – zusammen und nehmen grundsätzlich Stellung.

Zum Thema Goldverkäufe durch die Schweizerische Nationalbank

Das Recht zum Entscheid der Direktion der SNB, Gold zu verkaufen,

beruht auf der Unabhängigkeit der Nationalbank gegenüber den politischen Behörden. Die Direktion ist grundsätzlich einzig der GV der Aktionäre verantwortlich. Dass sie den Verkauf in einer Tiefpreisphase des Goldes getätigt hat, zeugt entweder von einer schier unbegreiflichen Dummheit der Direktion oder – was wahrscheinlicher ist –, dass sie unter Druck stand.

Längst ist durchgesickert, dass die USA möglichst viel Währungsgold unter ihre Kontrolle zu bringen suchen. Wir werden erleben, dass auf der Basis der aktuellen Situation von den USA eine neue Währung kreiert wird, die als von ihnen kontrollierte Leitwährung wiederum ihren Bedürfnissen zu



«Weil man die Währungsreserven nicht mehr brauche», tauschte auch die Nationalbank Gold gegen wertlose Dollars.

dienen hat. Ob ihr dies allerdings noch gelingen wird, ist angesichts der sich in Auflösung befindlichen, dominierenden Machtsituation der USA eher fraglich. Bereits hat China den Gedanken einer neuen, entnationalisierten Leitwährung in die Diskussion eingebracht. Ein Gedanke, der von den USA sofort empört zurückgewiesen wurde.

Bezeichnend war, dass es keine öffentliche, klare Begründung für die geplanten Verkäufe gab, noch die Bedeutung der Goldvorräte als Währungsreserven überhaupt auch nur diskutiert wurde.

Die Aussage der Direktion der SNB – **weil man diese Währungsreserven nicht mehr brauche** – war so blöd, dass die darauf fehlende Reaktion der Öffentlichkeit eigentlich nicht erstaunt.

Dafür setzte vom Bundesrat über die kantonalen Regierungen und die Spitzen der Bundesratsparteien sofort ein widerliches Feilschen um die «Verteilung der Beute» ein. Heute kann jedermann sehen, dass wir unmittelbar vor dem Zusammenbruch des Wirtschaftssystems stehen, und zum Genesungsprozess werden die realen Werte unzweifelhaft wieder ihre ursprüngliche Bedeutung erhalten. Zu den realen Werten gehören als Tauschmittel Gold und Silber, Platin und andere wertvolle Güter – sicher aber nicht wertloses, bedrucktes Papier (fiat money!), das höchstens den Papierwert und die Druckkosten repräsentiert.

Es wird sich für uns bitter rächen, dass unsere Goldvorräte halbiert wurden und scheinbar ein grosser Teil des uns gehörenden Goldes in den entfernt liegenden Tresoren

der korrupten, imperialistischen Grossmacht USA liegen. Nur Gott weiss, ob wir «kleine Schweizer» im Notfall über unser Eigentum verfügen können. Vor 65 Jahren hat man uns schon einmal «in der Not den Hahn zugedreht». (Wir verweisen im Übrigen auf den Artikel «Wie sicher ist unser Geld» im Schweizer Demokrat Nr. 3/4 2005.)

Fragen zu Ökonomie und Haushalt

Nein, Herr Sch. – Ökonomie ist keine Wissenschaft – zumindest keine exakte Wissenschaft. Die verschiedenen Theorien – von der keynesianischen über die österreichische Nationalökonomie, von Greenspan bis Barnake erweisen sich immer wieder als beladen mit verhängnisvollen Irrtümern mit schrecklichen Folgen für zahllose Menschen.

Kurt Richebächler, ein international bekannter Bankier und Finanzexperte hat erklärt (Zitat):

«Unsere Zeit hat die schlechtesten Ökonomen seit 200 Jahren!»

Das Ankurbeln und Unterhalten einer Hochkonjunktur ohnegleichen mit Hilfe der Schuldenmacherei, das Führen von Kriegen mit geborgten Mitteln, die andauernde Wertevernichtung mit sinnlosen Rüstungsgütern und Zerstörung erarbeiteter Werte stinkt ja wirklich zum Himmel!

Tatsächlich werden alte Regeln wie etwa

– «Man kann auf die Dauer nicht mehr konsumieren als man produziert!»

– «Nachhaltiges Wirtschaften bedeutet – nur den Ertrag, nicht aber die Produktionsgrundlagen zu verbrauchen (was sowohl für die Wirtschaft wie auch für die Natur gilt!).»

– «Spare in der Zeit, so hast du in der Not!»

– «Geld kann man nicht essen!»

wieder in ihrer Richtigkeit erkannt. Das «Perpetuum mobile» der Geldvermehrung (über Derivate und Spekulationen) ist eben eine tragische Illusion. Dies, auch wenn Josef Ackermann von der Deutschen Bank noch heute behauptet, man könne im Finanzgeschäft 25% Rendite «erarbeiten».

Zum Problem der **Abgeltung der bäuerlichen Arbeit** haben wir uns in den vergangenen Jahren immer wieder geäussert. Die Schweizer Demokraten verlangen seit langer Zeit einen Stopp der ruinösen Landwirtschaftspolitik, die – ver-

Hyperaktiv?

Fortsetzung von Seite 9

Wirkungen von Kokain vergleichbar sind. Sie bewirken vorübergehend eine höhere Konzentrationsfähigkeit, vermitteln das Gefühl energiegeladener zu sein und halten wach. Bei Kindern wirken Amphetamine paradoxerweise beruhigend. Was diese Eingriffe in den Gehirnstoffwechsel mit der Aufmerksamkeit und dem Verhalten von Kindern zu tun haben, ist jedoch nicht geklärt. Auch hochwissenschaftlich klingende Studien vermögen nicht, die Hypothese eines chemischen Ungleichgewichts auch nur anhaltungsweise zu beweisen.

Dr. David Kaiser, ein renommierter Psychiater drückt dies klar aus: «Bei Patienten wird ein chemisches Ungleichgewicht diagnostiziert, obwohl es keine Tests gibt, die eine derartige Behauptung stützen. Es gibt auch keine konkrete Vorstellung davon, wie ein korrektes chemisches Gleichgewicht überhaupt aussieht.»

Suchtpotential?

Chefpsychiater Dr. Julius Kurmann dazu: «Ritalin kann süchtig machen. Es ist vergleichbar mit Kokain. Das Mittel putscht auf. Lässt die Wirkung nach, kommt die grosse Leere. Die nächste Pille wird eingeworfen.» Ein Teufelskreis. Ritalin wird auch als Strassendroge, bekannt als «Speed» oder Kiddykoks, gehandelt. Auch die WHO (Weltgesundheitsorganisation) bezeichnet Ritalin als das weltweit «am meisten abhängig machende Medikament».

Ritalinverbrauch in der Schweiz

Auch in der Schweiz stieg der Verbrauch von Ritalin, welches unter das Betäubungsmittelgesetz fällt, in den letzten 10 Jahren um über 1500% von 13 kg (1996) auf 198 kg (2007).



Die Lösung

Hyperaktives Verhalten kann viele Ursachen haben, wie z.B. Allergien, Nahrungsmittelzusätze, Einnahme von bestimmten Medikamenten, Umweltgifte, Probleme mit Zucker, unzureichender Schlaf, übermässiger TV-Konsum, zu wenig Sport und Möglichkeiten, sein Aktivitätspotential auszuleben, Lernschwierigkeiten usw. Die Entdeckung und Beseitigung dieser Ursachen in Zusammenarbeit mit kompetenten Fachleuten kann Kindern eine psychiatrische Symptombehandlung mit Psychodrogen ersparen.

Weitere Infos unter www.cchr.ch

Felix Altorfer, Stallikon

bunden mit den Interessen der Bauwirtschaft und einem rasanten Kulturland-Verschleiss – die politische Überlebensfähigkeit unserer Willensnation schwerstens gefährdet. Das neueste Schlagwort der Rückgewinnung der «Ernährungssouveränität» ist gerade für unser Land sehr ernst zu nehmen.

Die masslose Überbezahlung von Managern, Spitzenbankern und ähnlichen Leuchten unserer Volkswirtschaft ist klar als Banditentum zu qualifizieren.

Der Tauschwert der Güter des Zwangsbedarfs (Lebensmittel, Wasser, Kleidung, Wohnung) hängen von deren Verfügbarkeit ab. Mit der Organisation der Verteilung durch wenige marktmächtige Mitspieler (Migros, Coop, Lidl, Aldi) und Grosskonzerne wie Nestlé ist der Weg zur Manipulation sowohl der Produzenten wie auch der Konsumenten offen – und wird weidlich genutzt!



Sicherheitskräfte an der Wall Street. Platzt nach der Aktien- auch die Dollar-Blase?

Sie fragen, bei wem sich der Staat denn eigentlich verschuldet?

Ganz klar bei jenen, denen er das Recht zur Geldschöpfung abgetreten hat. Im Dollarraum sind das die Grossbanken (Morgan, Rockefeller, Kuhn-Loeb usw.), welche im Besitz des FED sind. In der Schweiz ist es die Nationalbank, die einen einmaligen Status hat und in etwa das eigene Volk repräsentiert (siehe weiter unten!). Nur dort, wo das Schöpfen von Geld (also das Drucken von Banknoten, resp. die Ausgabe von «Schatzanweisungen») in den Händen des Volkes – resp. seiner Vertreter geblieben ist, verschuldet sich der Staat beim eigenen Volk, das dann gleichzeitig Gläubiger und Schuldner ist.

Wie Sie, Herr Sch. richtig vermuten, besteht die Gefahr (und die berechnete Angst!), dass die politischen Behörden zur Deckung ihrer Bedürfnisse (z.B. zum «Kaufen der Volksmehrheit» oder «zum Führen von Kriegen») einfach die Notpresse laufen lassen, d.h. über

Inflation die Sparer bestehen oder das Bezahlen der Schulden auf die nächsten Generationen verschieben. Also genau das, was zur Zeit in Grossbritannien und den USA passiert, wo das Volk dann nur noch Schuldner und nicht auch Gläubiger ist.

Die 11. Frage des Herrn Sch.:

Wer sind die privaten Aktienbesitzer der SNB? Warum kann man das Aktienregister nicht einsehen?

Die SNB ist ein einmaliges Konstrukt. Nach 14 Jahren politischen Ringens wurde 1905 das Nationalbankgesetz von den Räten verabschiedet. Unsere Notenbank wurde als AG konstituiert, wobei verschiedene einmalige Auflagen gesetzlich verankert wurden. So z.B. dass zwei Drittel der Gewinne auf die Kantone aufgeteilt werden müssen, während der Bund einen Drittel beanspruchen darf. Die Aktien dürfen höchstens mit einer 6-Prozent-Dividende belohnt werden. Von den 100 000 Namenaktien wurden zwei Fünftel für die Kantone im Verhältnis ihrer Einwohnerzahl reserviert, ein Fünftel konnten die ehemaligen Emissionsbanken erwerben und der Rest war für private Aktionäre reserviert. Während zu Beginn rund 12 300 Privat-Aktionäre als Besitzer der SNB zeichneten, sind es heute noch etwas über 2000. Dabei ist jedoch festzuhalten, dass jedermann Aktien erwerben kann, sofern solche angeboten werden. Der Anteil der Privaten am Aktionariat beträgt zurzeit noch etwas über 30 % und ist ungefähr prozentual zum kulturellen Anteil (Sprachregionen) über die Schweiz verteilt. Zudem sind heute Aktien auch in Händen von Ausländern. Übrigens können Sie zurzeit eine Namensaktie mit einem Nominalwert von Fr. 500.– für zirka 950 Franken erwerben.

Der Einblick in das Aktionärsregister ist – wie auch bei andern Aktiengesellschaften – aus Datenschutzgründen nicht möglich.

Wer regiert die Schweiz?

fragt M. Sch. zum Schluss. Genau diese Frage hat sich Anfang der 80er-Jahre des letzten Jahrhunderts Hans Tschäni, früher Redaktor bei der «NZZ», auch gestellt. Das Ergebnis seiner Untersuchungen hat er in einem knapp 190 Seiten starken Buch mit obigem Titel publiziert. Seine Antwort auf diese Titelfrage sei hier wörtlich zitiert: **«Regiert wird die Schweiz heute unter entscheidender Mitwirkung der organisierten und privaten Interessen vom Elitkreis der bürgerlich dominierten Regierungs-**

koalition – und nicht vom Volk.»

Daran hat sich bis heute wenig geändert, wenn auch gewisse Unsicherheiten dank der Schaukelpolitik der CVP und des Erstarkens der grünen Kräfte festzustellen sind. Immerhin ist gerade gegenwärtig dank der Systemkrise die Hoffnung gerechtfertigt, dass in Zukunft wieder das Volk seine Führungsrolle zurückerobern könnte.

Und seine Interessen sind nicht kongruent mit jenen der sogenannten Elite, die nach wie vor dem Wachstumsaberglauben huldigt und grausam abrahmt. (Gehälter von über Fr. 500 000.–/Jahr sind kein «Verdienst», sondern Diebstahl am einfachen Volk. Zu unterscheiden ist bei dieser Aussage zwischen Löhnen und Unternehmergewinnen. Die Unternehmer müssen das Unternehmerrisiko tragen können, während Angestellte oft ohne Rücksicht auf Erfolg oder Misserfolg ihrer Arbeit entlohnt werden.)

Die Schlussfolgerung von M. Sch.:

Müssen wir umdenken? Wann beginnen wir wohl endlich umzudenken. (Unwillkürlich erinnert man sich an die Ausstellung «Umdenken – Umschwenken», die Anfang der 70er-Jahre von der Arbeitsgemeinschaft für Bevölkerungsfragen organisiert worden war.)

Die Schweizer Demokraten (früher Nationale Aktion) vermitteln in diesem Sinne seit Jahren Denkanstösse. So lesen wir z.B. in einem Papier der SD, das in interner Diskussion stand:

Das Dauerwachstum der Wirtschaft und der Bevölkerung führt in eine wirtschaftliche, ökologische und politische Katastrophe.

Wir fordern:

- einen neuen Konjunkturartikel, der ein dynamisches Gleichgewicht anstrebt;
- eine Bevölkerungspolitik, die sich langfristig an der Tragfähigkeit des eigenen Territoriums ausrichtet;
- eine Energiepolitik (ohne Kernkraftwerke!), die sich auf die effektiv vorhandene Verfügbarkeit erneuerbarer Energie abstützt;
- **Der Grundsatz, dass jederzeit jede von der Wirtschaft gewünschte Menge Energie zu günstigen Preisen zur Verfügung stehen müsse, ist zu Gunsten der ökologischen Forderungen und langfristigen Versorgungsmöglichkeiten aufzugeben. – Fossile Energieträger sind nicht in unlimitiertem Umfang verfügbar!**
- eine Finanzpolitik, die dem Bedürfnis nach Wertsicherung und Stabilität Rechnung trägt. Die Zinswirtschaft als Wachstumsmotor ist grundsätzlich zu überdenken. Ebenso ist die Frage der Goldwährung neu zu thematisieren.

Unsere Forderungen sind zeitgemässer als je. Bei uns rennen Sie, Herr Sch. offene Türen ein. Helfen Sie bitte mit, diese offen zu halten!

Die Redaktion



SD Aargau bewahren ihre Unabhängigkeit

Kein Anschluss an eine grosse Fraktion

Die Schweizer Demokraten SD des Kantons Aargau schliessen sich aus guten Gründen keiner Fraktion der vier grossen Regierungsparteien im Grossen Rat an. Insbesondere stand ein Anschluss an die SVP-Fraktion bei den SD nie zur Diskussion!

Die Schweizer Demokraten wollen eine unabhängige politische Kraft bleiben und sich nicht einem Fraktionszwang beugen. Zudem betreiben die SD in den nächsten vier Jahren nicht Parteipolitik nach SVP-Muster, sondern Politik für die Aargauerinnen und Aargauer. Ausserdem werden die SD auch soziale und grüne Anliegen unterstützen. In einer wirtschaftsorientierten



René Kunz



Dragan Najman

SVP-Fraktion wäre eine solche Politik nicht denkbar. Die SD-Grossräte werden sich auch nicht scheuen, mit parlamentarischen Vorstössen den Parteienfilz innerhalb der kantonalen Verwaltung unter die Lupe zu nehmen.

René Kunz, Grossrat, SD-Kantonalpräsident

Ramlinsburg – die Opfergemeinde!

«Meist ist es nicht so schlimm, wie man sich das im Vorfeld so vorstellt» – hiess es im Leitartikel vom 24. März in der «Basellandschaftlichen Zeitung – BZ». Die Journalistin, welche dies im Zusammenhang mit der erstmaligen Platzierung von 50–80 Asylbewerbern in der Oberbaselbieter Gemeinde Ramlinsburg mit 710 Einwohnern schrieb, hat gut lachen, wohnt sie wohl kaum in der betroffenen Gemeinde!

Das Sozialamt Baselland suchte schon einige Zeit nach weiteren Unterkünften im Kanton und wurde auch fündig. Anton Zurfluh aus Ramlinsburg, ehemaliger Gemeindepräsident und SVP-Politiker, sowie Besitzer des früheren Restaurants «Station Lampenberg» war laut «BZ»-Recherchen jedoch in dieser Sache etwas wortkarg. Bloss eine wichtige Aussage war ihm zu entlocken: «Das Geschäft ist eine Geben und Nehmen.»

Das Sozialamt Baselland erklärte auch, dass es ihm (dieser Amtsstelle) nicht obliege zu entscheiden, ob sich ein Asylbewerber zu Recht in der Schweiz aufhalte. Seine Aufgabe bestünde darin, für die Betroffenen eine zweckmässige Unterkunft zur Verfügung zu stellen. Drei Bedingungen müssten hierbei erfüllt sein, damit eine Unterbringung in Frage kommt: Diese soll nicht unterirdisch sein – jedoch an der Peripherie der Gemeinde liegen. Zudem sollen die Asylbewerber Anschluss an den öffentlichen Verkehr haben.

Obschon das genannte Restaurant nicht im Dorfzentrum liegt, fühlen sich viele Ramlinsburger verschaukelt. Dass der Bund dem Kanton Baselland 3,7 Prozent der in der Schweiz «Zuflucht» suchenden Asylbewerber (wie viele sind denn wirklich Verfolgte?) zuteilt, ist leider eine Tatsache. Im Jahr 2006 stimmte der schweizerische Souverän über das neue, revidierte

Ausländer- und Asylgesetz ab. Christoph Blocher brachte seine Vorschläge als damaliger Bundesrat durch. Trotzdem ist dieses Gesetz heute nicht mehr als ein **Papiertiger** geblieben!

Viele kleine Gemeinden sehen sich hierbei ausser Stande, ihr Kontingent (wenn dies auch nur wenige Personen betrifft) aufzunehmen, da die Unterbringungsmöglichkeiten halt begrenzt sind und zudem vieles andere für solche Absichten nicht passend ist. Dass es dann die «Dummen» trifft, weil einer unter ihnen ein **Geschäft** machen will, ist sozusagen ein Eigentor. Bestimmt wird die eine oder andere Flüchtlingsorganisation dem Hauptakteur noch einen Preis für sein «humanes» Handeln zukommen lassen!

Zur Erinnerung: Betrifft den **5. Mai 1821** – Jahrestag des Todes von **Napoléon Bonaparte**. Dieser starb isoliert im Exil auf der britischen Atlantikinsel St. Helena.



Wer hoch aufsteigt, fällt gewöhnlich auch tief! Am 14. September 1812 erreichten im Russlandfeldzug er und seine schon stark geschwächte Grande Armée Moskau. Doch gab es dort für die Besatzer (auch «Schweizer» Soldaten waren beteiligt) nichts zu holen. Die Einwohner wurden vorgängig evakuiert und die Stadt angeblich von den Russen angezündet. Napoléon wartete dort über vier Wochen vergeblich auf den Boten von Zar Alexander I mit dem Kapitulationsschreiben...

B.O. Bachter, Zermatt



Kanton Bern



Alt Stadtrat Robert Meyer neuer Präsident der SD Stadt Bern

Nachdem Stadtrat Dieter Beyeler die Stadtsektion Bern der Schweizer Demokraten seit 2006 als Präsident führte, trat er auf die diesjährige Hauptversammlung hin von diesem Amt zurück. Die Mitglieder dankten ihm für seine erfolgreiche, kompetente und stets menschlich angenehme Führung der Stadtsektion mit stehendem Applaus.



Dieter Beyeler



Robert Meyer

Ohne Gegenkandidat wurde einstimmig a. Stadtrat Robert Meyer (Jahrgang 1960, Buchhalter/Treuhänder) zum neuen Präsidenten gewählt. Die SD sind überzeugt, damit einen neuen Präsidenten gefunden zu haben, der dank seiner langjährigen politischen Erfahrung für neue innovative Impulse sorgen wird.

Zudem wurde der gesamte Vorstand stark verjüngt. Im Weiteren wählte die Hauptversammlung als Vizepräsidenten Adrian Pulver (Jahrgang 1983, auch Pressechef) und Yvonne Boerlin (Jahrgang 1985).

Adrian Pulver, SD-Bern, Pressechef

Steinbrück (D) – Merz (CH) 1:0

Nach ein paar Wochen Trommelfeuer des arroganten deutschen Finanzministers war es soweit. Der sichtlich überforderte Bundespräsident Merz erklärte kleinlaut, unser vorher nicht verhandelbares Bankgeheimnis werde «angepasst» und «entwickelt». Im Klartext: Dieses wird nach ausländischen Vorgaben umgestaltet. Das 2004 zwischen der EU und der Schweiz abgeschlossene Zinsbesteuerungsabkommen wurde bedeutungslos, da es Steinbrück «nicht interessiert». Warum aber wählte der garstige Deutsche ausgerechnet die «Steueroase» Schweiz als Ziel seiner gehässigen Attacken? Warum waren die britischen Kanalinseln und die amerikanischen Steueroasen nicht auf der Schwarzen Liste der OECD? Dafür gibt es eine ganze Reihe von Gründen: Steinbrück ist nur die verbale Speerspitze einer unheiligen Allianz (Obama, Sarkozy, Merkel und Brown). Deren Ziel ist es, den Finanzplatz Schweiz (als unliebsamen Konkurrenten ihrer Finanzplätze) zu schwächen. Steinbrück hat sich logischerweise im Kampf gegen das Bankgeheimnis das diplomatisch schwächste Land ausgesucht. Denn unsere Politik gegenüber dem Ausland und den internationalen Organisationen ist zunehmend von Unterwürfigkeit, Anbiederung und Nachgiebigkeit gegenüber Erpressungen geprägt.



In dieser Rubrik werden die persönlichen Meinungen unserer Leser wiedergegeben. Diese decken sich nicht notwendigerweise mit derjenigen der Redaktion.

Als folgerichtige Konsequenz sind wir ein leichtes Opfer für ausländische Begehrlichkeiten! Verhandelt wird nach den Regeln, die unsere Gegner festlegen. Es überrascht deshalb nicht, dass Steinbrück als Gipfel der Frechheit von der Schweiz auch noch 2 Mrd. Euro fordert! Falls bezahlt wird – was in Anbetracht der Naivität unserer Landesregierung nicht ganz auszuschliessen ist – würde Steinbrück postwendend das Doppelte fordern.

Otto Weiersmüller, Uetikon

Regierungsstatthalterwahlen vom 17. Mai 2009

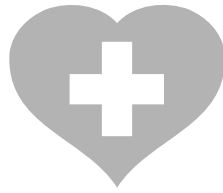


Die Schweizer Demokraten unterstützen Suter Fritz. Der Unternehmer ist unparteiisch, aus dem Volk, für das Volk.

Suter Fritz
www.suter-fritz.ch

An unsere Leserinnen und Leser

Wir danken allen Einsendern von Leserbriefen und bitten um Verständnis dafür, dass wir über nicht veröffentlichte Beiträge keine Korrespondenz führen können. Kurz gefasste Zuschriften werden bei der Auswahl bevorzugt. Die Redaktion behält sich vor, Manuskripte zu kürzen. Jede Zuschrift an die Redaktion muss mit der vollständigen Postadresse des Absenders versehen sein.



La gangrène monétaire



Mary Meissner,
Vernier

Le cerveau humain crée d'innombrables arnaques lorsqu'il s'agit d'argent. Jusqu'à présent, je n'avais aucune envie d'ajouter mon grain de sel à la grande messe financière qui bouleverse le monde entier, mais cette nuit, je me suis sentie poussée dans la mêlée au moment où j'ai pris la place des sénateurs américains étranglés par l'égoïsme et les magouilles de ses milliardaires. Le système capitaliste n'a jamais inclus dans ses fonctions le déséquilibre monétaire donnant aux uns tout en prenant aux autres. L'entité étatique s'est dotée de responsabilités majeures pour faire fonctionner cette immense machine construisant des routes, des écoles, des hôpitaux, des égouts et la protection de l'environnement, à

condition de recevoir l'aide de chaque citoyen bénéficiant de ces prestations. Mais si certains amas-seurs d'or entassent des fortunes souvent trop facilement gagnées dans des coffres bancaires off shore au détriment de la santé des humains, de la sécurité et du bien être de tous ceux qui se serrent la ceinture pour payer leur plein d'impôts, alors il s'agit d'une immense fraude punissable. Pour bien fonctionner un Etat doit pouvoir compter sur la participation de la société entière, qui d'une façon ou d'une autre apporte ses compétences, son aide et ses recherches scientifiques au bien-être général créant ainsi une société bien équilibrée.

Les responsables actuels étatsuniens qui s'arrachent les cheveux devant la misère, la mauvaise santé et le délabrement rongant le pays appauvri par la fuite de ses impôts, ont enfin pris le mors aux dents et ils ne feront pas de quartiers. Ils devront couper la tête des dragons étrangers qui ont aidé à cette monstrueuse arnaque des temps modernes et comme il y a parmi



eux des juifs, ils appliqueront la loi du talmud qui dit «Pour un œil, les deux yeux et pour une dent toute la gueule».

On regardera peut-être avec bienveillance du côté des banquiers musulmans qui appliquent un système de prêt sans intérêt tout en bannissant les paradis fiscaux où qu'ils soient. Ce qu'il y a de paradoxal au vu de ce qui précède, c'est la situation inconfortable des banques qui, en tant que firmes privées, remplissent le rôle pour

lequel elles ont été créées, et de l'autre, les élus responsables des engagements politiques qu'ils ont faits d'utiliser au mieux les fonds publics. Les seuls coupables sont les millionnaires qui veulent le beurre et l'argent du beurre, et partiellement les banquiers avides de gains par le truchement de conseils et de promesses plus virtuelles que sensées qui, aujourd'hui ont conduit au monstrueux fiasco dont nous sommes les témoins, ou les victimes. *Mary Meissner*

Nous sommes tous des moutons de Panurge

Plus les médias d'information s'améliorent, et plus les informants et les informés sur la planète entière, suivent le mouvement engendré par les vagues surfant sur des événements contemporains ou revenant sur le passé, en une orchestration ciblée. L'ensemble des violons entament le même chapitre, alors que les basses rabotent en parallèle un chant d'éloges ou une musique piquée de critiques plus ou moins justifiée. Bref, un jour tout le monde lit, parle et discute de la saga bancaire, et le lendemain il s'agit de journaux qui fusionnent ce qui n'intéresse personne, alors qu'on oublie de plus en plus d'étudier le vrai pourquoi des mauvais traitements que les chercheurs grassement payés avec nos sous, font subir par la vivisection, la génétique, le clonage ou le charcutage que doivent subir des milliards de malheureuses petites bêtes innocentes incapables de se défendre.

Sans réfléchir nous écoutons, lisons et participons en dilettante aux plus graves problèmes de notre temps, le changement climatique, la disparition de la faune et de la flore, la vivisection, l'élevage en cages, sur caillebotis ou en masse pour les abattoirs et les fourneurs, laissant une poignée de citoyens conscients, choqués, mais incapables de stopper ces exactions se débattre pour essayer d'arrêter ces souffrances inutiles. A ce jour, on compte en Suisse, pour l'année 2008, 726'392 animaux utilisés dans les laboratoires, soit 110 000 de plus qu'il y a dix ans. A-t-on essayé de peser la somme de souffrance que représente cette marée animale? Et cela n'a pas l'air de s'arrêter, puisque les universités continuent à demander des permis de construire des animaleries démesurées au lieu d'acheter des instruments fabriqués tout exprès pour conduire à bien des expériences évitant l'utilisation du vivant.

Les chercheurs demandent d'augmenter le nombre de cages actuellement de 6186 dans le canton de Genève par exemple à 13 256 cages jusqu'en 2013. Que de souffrances en perspective, surtout pour les pauvres souris transgéniques et lorsqu'on sait que cette tendance se confirme dans l'Europe entière! Une partie des cotisations versées à l'UE, soit 338 millions d'euros, sont prélevés et versés au 7e programme de recherche et de développement (PCRD) et l'on s'étonne de l'augmentation des maladies inconnues ou récurrentes, à la suite de vaccinations ératiques. En Suisse, le manque d'intérêt pour le développement des méthodes alternatives est due au manque de soutien politique et scientifique. Nos élus n'ont que de vagues idées et pas du tout de connaissance dans ce domaine particulier de la recherche animale, donc en y ajoutant le manque de lobbies adéquats, cela complète et amplifie

ce marasme douloureux. A côté des moutons noirs et des corbeaux les faiseurs d'opinion devraient produire des affiches ad'hoc contre la vivisection pour nous empêcher de devenir des moutons de Panurge se jetant à l'eau pour imiter et copier le voisin sans jamais réfléchir plus loin que ce que les médias veulent bien nous dévoiler, spécialement dans ce domaine sensible.

Charlotte Morel

† Mary Meissner

Nous avons appris la triste nouvelle que notre militante Mary Meissner s'est éteinte (née Morel; le 23 mars 1918, décédée le 9 avril 2009, Vernier). Cette nouvelle a causé un grand émoi et suscite de nombreux témoignages. C'est pourquoi nous avons décidé de retracer la longue carrière politique de Mary Meissner dans le prochain numéro. Nous présentons à la famille et aux amis nos sincères condoléances.

Courrier des lecteurs

Surpopulation

Les chiffres de l'Office fédéral de la statistique sont tombés en février: fin 2008, la Suisse comptait 7 700 200 habitants (Suisse et étrangers inclus; titulaires d'une autorisation de séjour de courte durée et demandeurs d'asile exclus). Et plusieurs médias de se réjouir d'une hausse, essentiellement due aux migrations, de 106 700 personnes.

Pourtant, ce populationnisme béat ne saurait faire oublier le fait qu'une augmentation régulière et interrompue de la population, aussi lente soit-elle, mènera à long

terme à une surpopulation (en considérant que la Suisse n'est pas déjà surpeuplée) et donc à une dégradation de notre environnement déjà victime d'un bétonnage insupportable. Mieux vaudrait que la Suisse reste un «petit» pays où la pression démographique pèse le moins possible sur la nature plutôt qu'elle devienne une puissance «moyenne» (toujours dixit certains médias) où la densité de la population est trop élevée, au détriment de notre (encore?) bel environnement.

Stephane Michel, Berne

Le Pileri

L'ONU cherche 8.4 milliards

En parallèle avec le FMI et ses lacunes, il faut parler de l'ONU qui devient aussi une vache à lait de laquelle coule les dollars. Ainsi cette institution qui devrait s'occuper de géopolitique et d'une gestion correcte de notre planète, se mêle de vouloir sauver 30 millions de personnes dans 31 pays en 2009. Elle veut donc doubler donc l'aide apportée déjà par les organisations humanitaires auxquelles les contribuables européens versent pas mal d'argent.

Lorsqu'on sait qu'il s'agit surtout de la République Centrafricaine, du Tchad, de la Côte d'Ivoire, du Congo, de l'Irak, du Kenya, des territoires palestiniens, de la Somalie, du Soudan, de l'Ouganda, du Zimbabwe, etc., pourquoi l'ONU qui chapeaute aussi ces pays, n'exige pas qu'ils changent leur manière de travailler, de vivre et de s'organiser? Et les pays milliardaires du Golfe ne pourraient-ils pas verser au fonds de l'ONU quelques milliards soustraits aux folies gigantesques de Dubai? Où est la solidarité? Pourquoi une ONU?

Les lingots cachés?

Il y a quelques années, nous avons parlé de l'or de la BNS caché à Fort Knox. A l'époque cela avait été le secret de polichinelle surtout lors des pourparlers de Bretton Wood qui demandaient l'abolition de la couverture or des monnaies. Depuis tant de changements sont intervenus dans la conception monétaire mondiale, pour arriver aujourd'hui au krach longuement programmé par les initiés occultes de la planète, qu'il est saugrenu de poser la question parue dans le

journal le Courrier du 17 novembre: «Est-il vrai que l'or des Suisses se trouve à Fort Knox?»

Il est fort douteux que monsieur Merz réponde à cette question, vu que pour recevoir 54 milliards de dollars si facilement et si vite, il devait bien y avoir une garantier derrière tout ça. D'autre part, les USA ayant pour but de ruiner et de supprimer le système bancaire suisse, ils ont besoin de nos tonnes d'or comme monnaie de chantage! De toutes façons la valse des milliards ne tourne que sur le net et reste toute virtuelle.

La privatisation de l'eau

De toutes les monstruosité entendues et lues jusqu'à présent sur la privatisation des CFF, de la Poste, de l'électricité, c'est maintenant l'eau qui fait l'objet de la convoitise des multinationales. Quelques unes d'entre elles, dont Nestlé ont réussi à s'approprier les sources d'eaux «médicales» parce que ne venant pas de nos glaciers ou de sources ordinaires, mais combien de temps avons-nous pour jouer encore librement de cet élément nécessaire à la vie? Il serait bon de se rappeler le contenu de l'article 65A de la Constitution du canton de Genève par exemple, du 24 mai 1847 et des articles 86 à 93 de la loi sur l'exercice des droits politiques du 15 décembre 1982. En 2007 les Genevois ont répondu par un double oui antilibéral sur la non privatisation de l'eau. Ces points démocratiques solides doivent renforcer notre résistance à la libéralisation de cet élément vital propriété de tous.

Octopus

Démocrate Suisse

Forte augmentation des mariages mixtes en Suisse

L'immigration de masse des dernières décennies a non seulement bouleversé le paysage ethnique de la Suisse, mais a aussi grandement modifié les comportements des Suisses quant au choix du partenaire et au mariage. Ainsi que le montre l'Office fédéral de la statistique (OFS) dans son bulletin d'information *Demos-Newsletter* du mois d'avril 2009, les mariages entre Suisses sont en recul, tandis que le nombre des mariages mixtes a explosé:

«Depuis le début des années septante, on dénote une multiculturalité croissante dans les couples mariés. En effet, la proportion d'unions entre partenaires suisses est en forte diminution passant de 74,7% en 1969 à 50,6% en 2007 (...) Dans ce même laps de temps, le nombre de mariages mixtes (entre un partenaire suisse et un partenaire d'une autre nationalité) a plus que doublé. Il représente actuellement plus d'un tiers des mariages (37,5%).»

Le bulletin nous apprend en outre qu'il est plus fréquent de voir un Suisse épouser une étrangère (54,7% des mariages mixtes en 2007) que de voir une Suisse épouser un étranger (45,3% des mariages mixtes en 2007). L'OFS n'entre pas en matière sur les raisons de cette différence, mais plusieurs articles parus en 2005 (*Die Weltwoche 2/2005, SonntagsBlick du 20 février 2005 ou encore L'Hebdo 32/2005*) suggéraient que les hommes suisses fuyaient les Suissesses émancipées. Chassez le patriarcat, il revient au galop...

D'où viennent les partenaires étrangers? Selon *Demos-Newsletter*, «ce sont historiquement les Allemandes qui choisissent de s'unir à un partenaire suisse, suivies des Italiennes et des Françaises. La progression des mariages entre les femmes provenant de pays extra-européens et les Suisses évolue par vagues. Annuellement, le profil des partenaires peut toutefois changer. En 2007, si les Allemandes et les Italiennes restent en tête du classement, le choix du partenaire étranger a été plus nuancé». Le bulletin livre une liste des dix nationalités les plus prisées en 2007:

Pour les Suisses:

1. Allemandes
2. Brésiliennes
3. Thaïlandaises
4. Italiennes
5. Serbes / Monténégrines
6. Françaises

7. Russes
8. Ukrainiennes
9. Turques
10. Marocaines

Pour les Suissesses:

1. Italiens
2. Allemands
3. Serbes/Monténégrins
4. Turcs
5. Français
6. Portugais
7. Macédoniens
8. Tunisiens
9. Espagnols
10. Bosniaques/Ressortissants d'Herzégovine

Jan Mahnert, Berne,
est un auteur indépendant

DS 
Démocrates Suisses

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

ABONNEZ-VOUS

- Je m'abonne au journal «Démocrate Suisse» (Abonnement annuel fr. 25.-)
- Veuillez m'envoyer des informations sur les activités de notre parti.

Nom: _____

Prénom: _____

Profession: _____

Date de naissance: _____

Adresse: _____

Signature: _____

Téléphone: _____

Envoyer à:
Démocrates Suisses,
Case postale 8116, 3001 Berne

Organe officiel des
Démocrates DS
Suisses

Secrétariat central:

Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 974 20 10
Fax 031 974 20 11
info@democrates-suisse.ch
www.democrates-suisse.ch

Minaret ou pas minaret

Et voilà, la guerre est repartie concernant cette question religieuse en ces temps troublés où tant de citoyens remettent en question les fondements bibliques, comme si ce problème redevenait primordial.

Si les gens acceptent de garder des symboles religieux datant des siècles passés dont les doctrines étaient basées surtout sur le religieux, il en va autrement maintenant alors que les esprits darwiniens et laïcs, influencent notre quotidien et ceci dès l'école infantine. Donc, nous avons à faire face à de vieux démons, doublés de l'actualité communo-consomopolitique, où parmi les symboles religieux, le veau d'or a gardé une place privilégiée et où les villes de Sodome et de Gomorre fleurissent un peu partout. Donc, ce minaret représente une religion greffée sur le socle juéochrétien péjorée de tabous, comme la charia, qui prétend être au-dessus de tout soupçon et au sommet des enseignements obligatoires pour sauver nos âmes dont aucune n'est revenue de l'au-delà pour nous conforter dans cette direction. Toutes les explications

émanant d'imams ou d'ulémas d'ici et d'ailleurs, n'enlèvent rien au fait qu'il est mal venu d'imposer certains édifices au milieu de pays aux mœurs religieuses différentes considérés comme une provocation superflète, alors que la discrétion et la foi quelles qu'elles soient sont de mises. Point n'est besoin dans ce siècle écologique d'aller prier sous des voûtes, des fusées et le tout entouré de bougies, alors qu'une même prière sera plus sincère et personnalisée au milieu d'une forêt, d'un lac ou de gorges profondes. Les fanatiques conservateurs ne devraient pas choisir un pays étranger refusant leurs propres us et coutumes pour s'y installer et imposer leur mode de vie et de croyance. Quand on s'invite chez autrui, la moindre des politesses est de se conformer aux usages de ses hôtes. Ou alors, la Suisse manquant de personnalités fortes incapables de protéger les intérêts de ses propres citoyens, devrait refuser l'établissement et la facilité de l'intégration d'éléments disparates et dangereux.

Mary Meissner

En parcourant la presse

Trafic italien

Les mafias italiennes ne s'encombrent pas de scrupules pour faire de l'argent non seulement avec des déchets que l'on retrouve dans des caves de maisons anciennes, de ponctionner chaque entreprise, petit commerce, fabrique et restaurant en exigeant mensuellement une dîme, impôt obligatoire qui leur rapporte des milliards, mais elles n'hésitent pas à empoisonner la mozzarella pour allonger son poids, et à couper 70 millions de litres de piquette avec du sucre, des engrais et même quelques gouttes d'acide chloridrique.

que. L'étiquette affirme qu'il s'agit de vino, mais ceux qui le boivent risquent d'attrapper le cancer. Ces 70 millions de bouteilles ont atterri dans les supermarchés et diverses épiceries de la Botte pour le prix de 70 ct. ou 2 euros le litre. 20 sociétés sont impliquées dans ce scandale qui fait tout de même l'objet d'une enquête judiciaire, sans pour autant qu'une interdiction de vente ait été prononcée. Et que fait l'UE dont l'Italie fait partie? Elle demande des explications. Où sont ses commissions de contrôle?

Maria de Seimners

Bouleversements planétaires

Avons-nous assez de recul pour nous rendre compte que les soubressauts de notre planète suivent ou précèdent les catastrophes humaines? Naturellement, il y a toujours eu de grandes remises en question et de changements politiques après les deux Grandes Guerres mondiales, mais aussi après la guerre de Secession, la Révolution française ou l'effondrement de l'URSS pour ne citer que ceux-là. Car en revenant encore plus loin dans le temps, il y a eu les razzias de Genghis Khan, la guerre de Cent ans en Europe,

les partages arbitraires de l'empire ottoman, ou plus proche le démantèlement de la Yougoslavie, etc. En parallèle, peut-on supposer qu'il y a chaque fois des forces francmaçonniques qui concoctent et provoquent les régicides, les intoxications littéraires prônant des doctrines extrémistes conduisant aux pires excès, le dernier aléa étant le gouvernement mondial? A doses homéopathiques et donnant du temps au temps, ces forces occultes arrivent à conditionner la planète entière en la métissant, condition sine qua non pour ob-

tenir une passivité diluée des amoureux patriotes, ou religieux, politiques ou économistes. Ils danseront bientôt tous sur la même musique sans et s'en rendre compte obéiront à de nouvelles normes qui seront implantées dans leur cerveau asservi et persuadé qu'il font le bon choix.

Le monde entier est déjà sous l'influence de ces inconnus, chaque nation est métissée, sauf une partie de l'Europe russe. Leur dernier coup est le plus spectaculaire et le plus médiatisé, la création d'un président métis pour les États-Unis, particulièrement bien métissé eux aussi. Quel expert, historien ou spécialiste éthologiste a émis le fait coûteux, de la création de ce symbole visible et agissant, au moment où le crack boursier et bancaire, ravage nos États déboussolés? Ce joli garçon représentant avec sa famille la majorité des humains de demain, devait concrétiser le mythe devenu réalité de l'urgente nécessité de changement total et d'aiguillage à angle droit d'une organisation défaillante qu'il fallait éradiquer. Les attentats des Tours de Manhattan n'ayant pas suffi pour procéder aux changements d'aujourd'hui incluant tous les paramètres pour diriger les peuples, quel plus spectaculaire et convaincant spécimen ayant la ba-

raka, que cet Obama dûment sélectionné pour devenir une icône incontournable. Et le peuple a marché. Il acceptera le changement d'aiguillage comme un navire sauteur sans se rendre compte qu'il se laissera museler, exploiter et voler. Ce que les nations ressentent actuellement par effet de domino n'est rien en comparaison de ce qui les attend bientôt. Mais a-t-on vu les animaux conduits à l'abattoir être heureux ou réticents?

Le comble de l'ironie est l'auto-satisfaction de nos élus qui se félicitent de l'augmentation de la population suisse allant allégrement vers le milliard. Serait-ce au détriment des futurs réfugiés climatiques qui eux voient avec horreur le sol disparaître sous leurs pieds trop nombreux. Mais comme personne ne se donne la peine de calculer à l'avance des résultats pourtant programmés, la planète a encore de beaux jours devant elle pour se secouer, se fissurer et cracher sa lave où bon lui semblera sans s'occuper des êtres vivants, des eaux polluées ou des plantes vivaces génétiquement modifiées à l'instar des humains métissés. Nous sommes les témoins de changements époustouffants qui détermineront le futur destin de Gea, notre Terre.

Maria de Seimners

Recul du nombre de dons

Chers membres, chers sympathisants

Nous avons malheureusement de mauvaises nouvelles: notre caisse centrale présente un trou financier de plus de 75 000 francs. Ce déficit est dû pour une part à notre campagne contre la reconduite et l'extension de la libre circulation des personnes, au cours de laquelle nous avons été présents avec notre propre prospectus. D'autre part, nous observons depuis un certain temps un recul du nombre de dons. Enfin, les abonnements sont réglés avec du retard, un phénomène qui s'explique certainement aussi par la crise économique et ses répercussions sur la situation personnelle de nos membres et abonnés.

Votre soutien financier est indispensable à la poursuite de notre combat politique quotidien. Notre capacité à défendre le peuple et la patrie dépend fortement de vos dons.

Vous pouvez nous aider au moyen du bulletin de versement ci-joint – en faisant un **don** d'un montant de votre choix,

- en réglant votre **abonnement 2009 d'un montant de fr. 45.–** (mention: Abo 09),
- en souscrivant un **abonnement de soutien d'un montant de fr. 70.–** pour l'année en cours (mention: Abo de soutien 09) ou
- en finançant un **abonnement-cadeau d'un montant de fr. 45.–** pour une personne aux revenus modestes, pour une mère qui élève seule ses enfants ou pour un jeune patriote se trouvant en formation (prière de mentionner le but du don sur le BV).

Au cours des prochains mois, le journal «Démocrate Suisse» publiera un baromètre des dons qui indiquera l'évolution des donations reçues. Nous vous remercions d'avance très chaleureusement de tout don que vous aurez la bonté de consentir.

Avec nos meilleures salutations

Ueli Brasser, conseiller municipal à Zürich, président DS

Markus Borner, ancien membre du Grand Conseil de Bâle, vice-président DS

Bernhard Hess, ancien conseiller national BE, secrétaire DS

Offizielles Organ der
Schweizer
Demokraten **SD** 

SD-Zentralsekretariat
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)

www.schweizer-demokraten.ch
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Redaktion

Schweizer Demokrat
Postfach 8116
3001 Bern

Redaktoren:

Bernhard Hess, e. Nationalrat,
SD-Geschäftsführer, Bern (CR)

Rudolf Keller, Präsident
SD Basel-Land, Frenkendorf

Dr. Jean-Jacques Hegg,
Dübendorf (Leben und Umwelt)

Dr. Dragan J. Najman, Baden

Markus Borner, e. Grossrat, Basel
Friedrich Auf der Maur, Volketswil



**Stärken Sie die
Schweizer Demokraten
durch Ihre Mitgliedschaft!**

Abonnement

SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich
pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der
Schweizer Demokraten (SD)
werden!
 Nur Zeitungsabonnement
 Nur Adressänderung

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Ja zum Verfassungsartikel «Zukunft mit Komplementärmedizin»

Mit grossem Mehr unterstützen die SD den Gegenvorschlag zur zurückgezogenen Volksinitiative «Ja zur Komplementärmedizin». Für die SD ist der Führungsanspruch der Schulmedizin unbestritten. Sie ist erfolgreich in der Akut- und Notfallmedizin sowie bei chirurgischen Eingriffen, stösst bei chronischen Erkrankungen und Schmerzen jedoch an ihre Grenzen. Hier kann die Komplementärmedizin eine Ergänzung sein und es ist nicht angezeigt, diese generell zu verteufeln.

Weitere Pro-Argumente:

Mit dem Verfassungsartikel wird der Grundsatz festgelegt. Das Parlament wird anschliessend definieren, inwieweit die Kantone die Komplementärmedizin berücksichtigen sollen. Nach dem Krankenversicherungsgesetz, Artikel 32, übernimmt die Grundversicherung nur jene Leistungen, die

wirksam, zweckmässig und wirtschaftlich sind. Die Wirksamkeit muss mit wissenschaftlichen Methoden nachgewiesen sein.

Nach Vorstellung der Initianten sollen anerkannte Methoden der Komplementärmedizin in die Grundversicherung aufgenommen werden, sofern sie von Schulmedizinern mit FMH-Zusatzausbildung praktiziert werden.

**Nein zur Einführung
des Biometrischen PASSES**

Bezüglich der Einführung des Biometrischen PASSES hat der SD-Zentralvorstand hingegen einstimmig die Nein-Parole gefasst. Inakzeptabel ist der geplante Zwang, dass alle Bürgerinnen und Bürger, welche z.B. nur ins nahe Ausland reisen möchten, sich einen so teuren Pass, später ebenso die Identitätskarte, beschaffen müssten. Da künftige Reisepapiere einen Chip mit elektronisch gespeicherten

† Mary Meissner

Mary Meissner ist von uns gegangen. Mit grosser Trauer mussten wir die Nachricht des Todes von Frau Mary Meissner (geb. am 23. März 1918, gest. am 9. April 2009, Vernier) erfahren. Sie hat während einer sehr langen Zeit den französischen Teil unserer Zeitung mitgestaltet. Wir werden in der nächsten Ausgabe unserer Zeitung die journalistische und politische Tätigkeit von Frau Meissner ausführlich darstellen. Wir sprechen der Familie der Verstorbenen, den Verwandten und Freunden, unser tiefes Beileid aus.

persönlichen Daten beinhalten sollen, läuft dies hin zu einem Überwachungsstaat, in welchem die Leute mittels Chip gar kontrolliert werden können, ohne dass diese es selber bemerken.

Bernhard Hess,
SD-Zentralsekretär, Bern

Rückläufiger Spendeneingang!

Liebe Mitglieder und Sympathisanten,

leider müssen wir Sie, liebe Leserin, lieber Leser, über eine äusserst unerfreuliche Tatsache in Kenntnis setzen. In unserer Zentralkasse klafft ein finanzielles Loch von über 75 000 Franken. Dieser Fehlbetrag ist einerseits auf unseren Kampf gegen die Weiterführung und Ausdehnung der EU-Personenfreizügigkeit zurückzuführen, an dem wir im Abstimmungskampf Anfang Jahr grossflächig mit einem eigenen Flugblatt präsent waren. Andererseits beobachten wir seit einiger Zeit einen Rückgang der eingehenden Spenden. Zudem werden auch die Abonnementsbeiträge in diesem Jahr nur sehr schleppend beglichen, was sicherlich auch auf die Wirtschaftskrise und deren Folgen für unsere Mit-

glieder und Abonnenten zurückzuführen ist.

Um im täglichen politischen Kampf weiterhin bestehen zu können, sind wir notwendigerweise und dringend auf Ihre finanzielle Unterstützung angewiesen. Von Ihrer Spende hängt unsere künftige Arbeit für Volk und Heimat in einem erheblichen Masse ab.

Sie können uns helfen, indem Sie mit dem beigelegten Einzahlungsschein

- eine **freiwillige Spende** nach freiem Ermessen entrichten;
- den **Abonnementsbeitrag 2009 von Fr. 45.–** begleichen (Stichwort: Abo 09);
- ein **Förderabonnement von Fr. 70.–** für das laufende Jahr finanzieren (Stichwort: Förderabo 09);
- ein **Geschenkabonnement von Fr. 45.–** übernehmen, entweder

für einen finanziell schwach gestellten Rentner, eine alleinerziehende Mutter oder einen heimat-treuen Jugendlichen in Ausbildung (bitte Verwendung auf ES vermerken).

In den kommenden Monaten werden wir im «Schweizer Demokrat» ein Spendenbarometer veröffentlichen, das den jeweiligen Stand der eingegangenen Zusatzspenden anzeigt. Für Ihre wertvolle Gabe – ob gross oder klein – danken wir im Voraus ganz herzlich.

Mit freundeidgenössischem Gruss
Ueli Brasser, Gemeinderat Zürich,
SD-Zentralpräsident
Markus Borner, e. Grossrat Basel,
SD-Vizezentralpräsident
Bernhard Hess, e. Nationalrat BE,
SD-Zentralsekretär

SD im Kampf gegen Pensionsabbau!

Die Schweizer Demokraten (SD) sammelten hauptsächlich auf dem Postwege über 10 000 Referendumsunterschriften gegen die Revision des BVG (Berufliches Vorsorge-Gesetz), welche künftig eine massive Rentenkürzung mit sich bringen würde. Unterstützt wurden wir dabei vom Mouvement des Citoyens Genevois (MCG).

Neben den SD sammelte im nationalen Lager auch die Lega dei Tici-

nesi im Tessin Unterschriften. Insgesamt kamen in weniger als drei Monaten weit über 200 000 Unterschriften zusammen, wobei – zusammengerechnet nur etwas mehr als die Hälfte der Unterschriften der beteiligten (nationalen und linken) Parteien, Gewerkschaften sowie Konsumenten-Organisationen – durch die verschiedenen Komitees auch beglaubigt wurden. Um den administrativen Aufwand bei

den Gemeindekontrollstellen und die Kosten für Porti, Versände und Arbeit aller Beteiligten in Grenzen zu halten, liessen ebenso die SD nur einen Bruchteil der erhaltenen Signaturen amtlich überprüfen und reichten am 16. April 2009 bei der Bundeskanzlei 2288 beglaubigte Unterschriften ein.

Bernhard Hess,
SD-Zentralsekretär, Bern